

zeitung gegen den krieg

Nr. 34 Herbst 2012

Bahman Nirumand Machtkampf im Nahen Osten Seite 4
Taheri/Hever Drohender Krieg Iran-Israel Seite 5
Karin Masche Deutsche Kriegsmarine Seite 7

Christine Buchholz Kundus drei Jahre danach Seite 10
Gregor Kritidis Droht Rechtsregime in Hellas? Seite 11
Anna Maldini Nein zu Rüstungsauftrag in Toskana Seite 12

„Das amerikanische Imperium ist bald vorbei, wenn ein Republikaner gewählt wird noch früher.“
Johan Galtung

Militarisierung & Gesellschaft



Im Vorfeld des Antikriegstags am 1. September sehen sich alle Menschen, die sich für den Frieden engagieren, mit drei Provokationen konfrontiert. Verkürzt lauten sie: „Klein, Karlsruhe & Gauck“. Gemeint sind die Beförderung des Bundeswehr-Oberst Georg Klein zum General, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zugunsten des Bundeswehreinsetzes im Inneren und das Plädoyer des Bundespräsidenten fürs patriotische Sterben.

Provokation Nr. 1. Georg Klein war als Bundeswehr-Oberst in Kundus vor drei Jahren dafür verantwortlich, dass rund 140 afghanische Zivilisten durch alliiertes Bombardement den Tod fanden. Es handelte sich um einen Vorgang, der auch als Tanklastzug-Massaker bezeichnet wird. Die Aktion machte militärisch keinen Sinn. Sie war kein Versehen, sondern bewusste Tat. Im geheimen Bericht der ISAF-Truppe zu dem Bombardement, unterzeichnet von US-General Stanley McChrystal, heißt es explizit, die Piloten der Kampfflugzeuge hätten zwei Mal angeboten, nur im Tiefflug und als Warnung über den feststeckenden Tanklastzug zu fliegen. Klein lehnte ab und forderte das mörderische Bombardement. In der Folge logen zwei Verteidigungsminister das Blaue vom Himmel herunter und die Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen gegen Klein ein. Und jetzt also dies: Klein wird zum Brigadegeneral ernannt. Als zukünftiger „Abteilungsleiter des

Bundeswehr-Amtes für Personalmanagement“ soll er Vorbildfunktion für die Truppe haben. Er wird dann im Monat mit gut 11000 Euro fast drei Mal so viel verdienen, wie die Angehörigen vor Ort für einen Getöteten seitens der Bundesregierung zuerkannt bekamen (4030 Euro). Soldaten sind Mörder, schrieb Kurt Tucholsky.

Provokation Nr. 2: Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hob Mitte August eine Entscheidung des Ersten Senats teilweise auf. Dieser hatte den möglichen Abschuss eines mutmaßlich entführten Passagierflugzeugs auch deshalb abgelehnt, weil er den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Inneren als verfassungswidrig ansah. Um diesen Beschluss aufzuheben, bedurfte es einer Entscheidung beider Senate des Bundesverfassungsgerichts, eine höchst seltene – bisher erst fünf Mal in sechs Jahrzehnten gewählte – Form der juristischen Entscheidungsfindung. Wobei es in den bisherigen vier anderen Entscheidungen um verfahrensrechtliche Aspekte ging. Bei der jüngsten Entscheidung geht es jedoch um hohe Politik. Um die Beugung der Verfassung. Nun soll erstmals gelten, was im Widerspruch zum Grundgesetz steht, was die viel zitierten „Väter des Grundgesetzes“ mit dieser Verfassung nie und nimmer im Sinn gehabt haben: Die Bundeswehr darf im Inneren eingesetzt werden.

Es handelt sich hierbei um einen „juristischen Handstreich“,

um den „Bruch mit einer republikanischen Tradition“. Der dies sagt, ist Heribert Prantl in der *Süddeutschen Zeitung*. (SZ vom 17. August 2012).

Provokation Nr. 3. Bundespräsident Joachim Gauck trat im Juni anlässlich eines Besuchs bei der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg für die Bundeswehr-Auslandseinsätze ein. Er erklärte, eine Demokratie erfordere „manchmal auch das Äußerste, was ein Mensch geben kann, das eigene Leben.“ Er kritisierte, das „Nicht-Wissen-Wollen“ und eine „Ohne-uns-Haltung“. Dann formulierte er, dabei betont vom zuvor verteilten Redemanuskript abweichend, wie folgt: „Dass es wieder deutsche Gefallene gibt, ist für unsere glücksüchtige Gesellschaft schwer zu ertragen.“

Schwer zu ertragen, ja unerträglich sind diese Präsidentensätze, die, wenn nicht an unseligere NS-Zeiten, so doch an den preußischen Soldatenwahn und an den Militarismus des Römischen Reiches erinnern, wonach es „ehrentvoll“ sei, „fürs Vaterland zu sterben“. Gauck, der ein „Bundespräsident für alle Bürgerinnen und Bürger“ sein will, stellt sich bewusst gegen diese: Mehr als 70 Prozent der deutschen Bevölkerung lehnen den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ab. Sie tun dies nicht, weil sie „glücksüchtig“ sind – das individuelle Glück oder Unglück des einzelnen Menschen wird derzeit noch wenig vom Kriegsgeschehen in Afghanistan oder von der

Kriegsgefahr im Nahen Osten berührt. Sie tun dies auch vor dem Hintergrund der Verantwortung deutscher Regierungen für zwei Angriffskriege, für den Ersten und den Zweiten Weltkrieg. Gauck drehte diesen geschichtlichen Hintergrund demagogisch um und sagte: „Wenn wir unsere Geschichte ernst nehmen“, müsse man für die Bundeswehr und für besagte Auslandseinsätze eintreten. Die Streitkräfte müssten ihren Ort „in der Mitte unserer Gesellschaft“ haben.

Wann gab es in jüngerer Zeit auf deutschem Boden ein solches Verständnis, wonach Militär und Gesellschaft eins zu sein hätten? Richtig 1968, als die „Wehrerziehung“ in Schulen eingeführt wurde. Oder auch 1978, als der „Wehrunterricht“ etabliert wurde. Das war allerdings in der DDR. Damals protestierte die Evangelische Kirche, wohlgermerkt diejenige in der DDR, damit auch die Kirche des damaligen Pastors Gauck. Es handle sich hier um „Erziehung zum Hass“.

Zu befürchten ist, dass die drei Provokationen keine Zufälle, keine Ausrutscher, keine Einzelfälle sind. Das hat System – und das passt in diese Zeit, auf die die Worte von Bert Brecht so schmerzhaft zutreffen: „Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“

Herr Thomas Enders! Als neuer Chef des Flugzeugbau- und Rüstungskonzerns EADS haben Sie sich ja gleich mit militärischem Kommando-Jargon bei der Belegschaft in Frankreich und Deutschland per Rundmail zur Stelle gemeldet. Ihr Vorgänger Louis Gallois war Ihnen da wohl nicht ausreichend militärisch-zackig. Der war ja auch ein Jahrzehnt lang nur Chef der französischen Staatsbahn, wohingegen Sie bereits als junger Fallschirmjäger und heute als Major der Reserve auf eine fast lupenreine Militär-Tradition verweisen können (naja, das bisschen Konrad-Adenauer-Stiftung lag dazwischen). Als Sie 2011 aus der CSU austraten, war dies ein weiterer Schritt nach rechts: Sie plädierten bereits aus dem EADS-Geschäftsinteresse heraus für einen direkten Einsatz der Bundeswehr in Libyen. Jetzt machen Sie Druck, auf dass in Ihrem Konzern endlich der Rüstungsumsatz gesteigert werde. 10 Milliarden Euro an Barreserven soll es bei EADS geben. Zwar sagen Sie: „Wir schauen uns verschiedene Übernahmekandidaten an. Da ist einiges in Planung.“ Tatsächlich wollen Sie ganz hoch hinaus. Am liebsten hätten Sie es, wenn EADS und der britische Militäriese BAE Systems miteinander verschmolzen werden würden. Damit würde EADS als Rüstungsunternehmen auf einen Schlag in die Oberliga der todbringenden Konzerne – zu Boeing und noch vor Lockheed Martin – aufrücken. Rein betriebswirtschaftlich haben Sie recht: War sells – das Rüstungsgeschäft ist derzeit fast bombensicher.

Herr Burkhard Baunbehrens! Zunächst einmal Hut ab angesichts Ihrer Kritik an der beabsichtigten Lieferung von hunderten Leo-II-Panzern an Saudi-Arabien. Als jemand, der im Gesellschafterausschuss von Krauss-Maffei Wegmann sitzt – genauer: der dort saß – und KMW-Mitgesellschafter ist, war dieses Coming out recht mutig. Aber auch überfällig. Seit Ihrer jugendlichen Sturm-und-Drang-Phase sind Sie doch seit Jahrzehnten Nutznießer der gewaltigen Rüstungsgewinne von Krauss-Maffei Wegmann. Rüstungsexporte als solche finden Sie ja auch weiterhin gut – nur nicht solche, die „die arabische Revolution“ gefährden könnten. Und im übrigen, so die Philosophie, die Sie sich zurechtgelegt haben, um weiter Künstler und Rüstungsprofiteur zugleich bleiben zu können, gelte: „Es liegt nicht an den Waffen, es liegt an den Köpfen.“ Nein, nein, es liegt schon vor allem an den Waffen. Köpfe und Gedanken töten nicht. Waffen und Kraus-Maffei Wegman tun dies schon.

Thomas de Mazière! Ihr Vorgänger hatte ja echt viel Wind gemacht. Mit copy-&-paste, aber auch als Verteidigungsminister. Nicht zuletzt vor Ort in Kundus. Da sind sie ein ganz anderer Typ. Nämlich genau der Richtige: im Sinne der Militärs, der Tötungsindustrie und des gesellschaftlichen Militarismus. Hat wer was gegen Drohnen? Das sind doch „nur unbemannte Waffen“. Hat wer was gegen Panzer nach Saudi-Arabien? Wir schicken mal vorab Eurofighter in die VAR. Hinterfragt da jemand die Out of area-Einsätze der Bundeswehr? Aber hallo – „Störungen der Transportwege stellen eine Gefährdung des Wohlstands dar.“ Besuche in Afghanistan? In 18 Monaten waren Sie bereits acht Mal am Hindukusch. Und eben nicht nur im „ruhigen Kundus“, sondern als erster deutscher Minister auch im unruhigen Kandahar. Und alles so nüchtern: „Wir machen in Afghanistan einen guten Job.“ Siehe Georg Klein.

Einiges von dem, was wir auf Seite 1 dieser Zeitung gegen den Krieg zum Thema Militarisierung und Gesellschaft schreiben, dürfte der einen und dem anderen als „alarmistisch“ erscheinen. Die hier aufgeführten „drei Provokationen“ seien doch eine höchst spezifische „Momentaufnahme“. Wir wollen diese Argumentation sachlich überprüfen und uns den entsprechenden Fragen stellen.

Frage 1:

Geht es bei den Fällen Klein und Gauck nicht schlicht um eine fragwürdige Beförderung in der Bundeswehr und um einen Pastoren-Bundespräsident als salbadernder Komißkopp?

Antwort: Die Dinge so darzustellen, heißt sie schönzureden. Das Tankstellenmassaker in Kundus 2009 war immerhin eines der schwersten Kriegsverbrechen, das in Afghanistan seit Kriegsbeginn 2011 von den westlichen Truppen verübt wurde. Selbst die Außenminister Frankreichs und Luxemburgs kritisierten damals die Aktion. Wenn der deutsche Befehlshaber dieser Aktion befördert wird, dann ist das eine bewusste, gezielte Belohnung, die Signalwirkung für die Bundeswehr und die gesamte Gesellschaft hat. Und als der windige Interims-Bundespräsident Christian Wulff aus dem Amt gemobbt wurde, war klar, dass sein Nachfolger der Rechtsausleger Gauck sein würde. Es war das rechte Kampfblatt „Bild“, das seinen bisherigen Liebling Wulff plötzlich fallen ließ und generalstabsmäßig die Kampagne zu Gunsten von Joachim Gauck betrieb. Da gingen Medien- und Kapitalmacht Hand in Hand mit einem neuen Schub hin zu rechter Politik.

Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (ZgK) wird herausgegeben von Heike Hänsel (Tübingen), Ulrich Sander (Dortmund), Monty Schädel (Waren/Müritzt), Bärbel Schindler-Saefkow (Berlin), Laura von Wimmersperg (Berlin) und Winfried Wolf (Michendorf).

Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales - BFS e.V., Wilhelmshorst.

Verantwortlicher Redakteur (V.i.S.d.P.) und ISSN: Winfried Wolf; ISSN 1611-2881

Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen:
Die Anstifter (Stuttgart) // Antikriegsforum Ludwigshafen // bundesweite attac-AG Globalisierung und Krieg // Friedensbündnis Karlsruhe // Galerie Olga Benario, Berlin // Willi Hoffmeister als Sprecher des Ostermarsches Ruhr // Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) // Friedensbündnis Karlsruhe // Jochen Traut für den Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog (in der Partei Die Linke) // Sozialistische Linke, Karlsruhe // Peter Strutyński als Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag // Initiative Vereinigte Linke // Nordbremer Bürger gegen den Krieg // Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) // PapyRossa Verlag Köln // Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.), Freiburg // Sozialistische Zeitung, Köln // DIE LINKE (Partei Vorstand).
Gestaltung: Joachim Römer

Adressen: Postanschrift: BFS e.V. · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf
E-mail: zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de
Telefon: 030 - 27 731 83 // Fax: 030 - 22776179 (MdB-Büro Heike Hänsel)

Preise und Konto: Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Preisen (Unkosten):
> von 1 bis 50 Ex. zu 30 Cent je Ex.
> von 51 bis 499 Ex. zu 25 Cent je Ex.
> ab 500 Ex. zu 18 Cent je Ex.
Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

Abos: Die ZgK wird in der Regel in größeren Kontingenzen bestellt, teilweise auch in Form fester Bestellungen. Preise siehe oben. Die ZgK kann auch wie folgt in Einzellexemplaren abonniert werden. Als Abo gelten hier jeweils vier Ausgaben der ZgK in Folge:

> bei Bezug von je 1 Ex. = Abopreis 8 Euro
> bei Bezug von je 3 Ex. = Abopreis 9 Euro
> bei Bezug von je 5 Ex. = Abopreis 10 Euro

Spenden & Konto: Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich vor allem über Spenden und Unkostenbeiträge durch Friedensinitiativen und Einzelpersonen und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind steuerlich abzugsfähig. BFS e.V. · MBS (Mittelbrandenburgische Sparkasse) · BLZ 16050000 · Kto.Nr.: 3527001866.

Fragen und Antworten zum Thema Militarisierung, Verfassung und Politik

Frage 2:

Im neuen Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird der Einsatz der Bundeswehr im Inneren doch nur als ultima ratio, als allerletztes Mittel, und nur in „Ausnahmesituationen katastrophischen Ausmaßes“ gestattet. Ist es nicht überzeichnet zu behaupten, damit sei einem Einsatz der Armee im Inneren Tür und Tor geöffnet?

Antwort: Man muss das BVG-Urteil in der 58-jährigen Tradition der Verfassungsänderungen und der großzügigen Auslegung, ja der Verbiegung

besonders schweren Unglücksfall (angefordert)“ und eingesetzt werden können.

Die dritte Welle fand statt, als das Bundesverfassungsgericht 1994 feststellte, dass die Formulierung im Grundgesetz, wonach die „Streitkräfte zur Verteidigung aufgestellt“ worden sind (Art. 87a), den Einsatz der Bundeswehr im Ausland und auch außerhalb des von der Nato angeblich zu schützenden Gebietes mit einschließen, dass also sogenannte „Out-of-area-Einsätze“ möglich sind. Der SPD-Verteidigungsminister Peter Struck goss das zynisch in den

bei solchen Verschiebungen der Verfassung nach rechts.

Frage 3:

Sind diese Tendenzen der Militarisierung schlicht Ausdruck rechter Gesinnung oder gibt es eine Art Motor bei diesen Veränderungen des Grundgesetzes und seiner Auslegung?

Antwort: Es gibt ganz eindeutig einen solchen Motor. Diese GG-Änderungen erfolgen immer parallel zum Wiederaufstieg des deutschen Kapitalismus zu einer neuen imperialisti-

ne Truppen nach London, um dem Wikileaks-Gründer Julian Assange beim Gang ins südamerikanische Exil Geleitschutz zu gewähren. Es sind nur sehr wenige Staaten auf dieser Erde, die sich die „Normalität“ des Militarismus, die Begleitung ihrer Exportoffensiven durch militärische Drohung und durch Waffeneinsatz leisten bzw. leisten können. Und warum kommt es gerade jetzt zu einer neuen „militaristischen Auslegung“ des Grundgesetzes?

Frage 4:

Antwort: Wir sollten diese Veränderungen und den neuen Urteilspruch aus Karlsruhe in den Zusammenhang mit der schweren weltweiten Krise, die es seit 2008 gibt, und mit der Eurokrise, die es seit 2010 gibt, stellen. Krise und Krieg bilden im Kapitalismus eine Einheit. Besser: Krisen münden oft in Krieg und im Krieg werden die Streitkräfte in der Regel zur Unterstützung von Wirtschaftsinteressen eingesetzt. Dabei gibt es eine äußere Front - am Hindukusch, am Horn von Afrika und in der gesamten Ökonomie Naher und Mittlerer Osten. Und es existiert eine mögliche Front im Inneren. Übrigens auch im Inneren der EU: Die Krisen in Griechenland, Spanien, Portugal und Italien werden ziemlich sicher in soziale Unruhen umschlagen, und dann werden dort zur Eintreibung von Zins und Tilgung „Spezialkräfte“, faschistische Banden und Militär eingesetzt werden - mit Unterstützung aus Berlin (siehe Seite 11).

Letzten Endes zielen die aktuellen Debatten um Schutzschirme, „Retten des Euro“ und eine „politische Union in Europa“ auf eine imperialistische Großmacht EU, die im Ringen um die wirtschaftliche und militärische Hegemonie in der Welt mitwirken soll - auch als militärische Großmacht. Just so wurde dies bereits 2003 von dem Centrum für angewandte Politikforschung, einer regierungsnahen Denkfabrik, die sich im Eigentum des Bertelsmann-Verlags befindet, auf den Punkt gebracht: „Nur im Szenario Supermacht Europa wird das große Europa seinem objektiven Weltmachtpotential gerecht (...) Der Aufbau der Vereinigten Europäischen Strategischen Streitkräfte (VESS), die sich unter einem gemeinsamen europäischen Oberkommando des Atomwaffenpotentials Frankreichs und Großbritanniens bedienen können, verändern die internationale Rolle der EU (...) Die Supermacht Europa verabschiedet sich endgültig von der Idee einer Zivilmacht und bedient sich uneingeschränkt der Mittel internationaler Machtpolitik.“



des Grundgesetzes durch das Bundesverfassungsgericht sehen. Seit der Grundgesetzänderung, die am 26. März 1954 erfolgte (u. a. Änderung Art. 73 Nr. 1, wonach der „Bund die ausschließliche Gesetzgebung“ hat „über (...) die Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung“), gab es drei Schübe von Verfassungsänderungen, die alle auf Militarisierung zielten. Die erste betraf die Gründung der Bundeswehr selbst, u. a. mit dem bereits erwähnten Artikel 73, 1 aus dem Jahr 1954 und dem Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 19. März 1956 mit den neuen Artikeln 87a und 87b. Man muss sich vor Augen halten, dass das Grundgesetz in seiner ursprünglichen Fassung auch als Lehre aus der NS-Zeit und dem Zweiten Weltkrieg keine Armee vorsah. Die zweite Welle betraf erste Öffnungen für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Diese Verfassungsänderungen erfolgten 1968 und 1972 (übrigens in der Zeit des Außenministers und dann Bundeskanzlers Willy Brandt) und gingen als „Notstandsgesetze“ in die westdeutsche Debatte ein. Sie erweiterten u. a. den harmlos klingenden Artikel 35, der bis dahin aus dem einfachen Satz bestand: „Alle Behörden des Bundes und der Länder leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe“. Man sollte einmal in Ruhe nachlesen, wie aus diesem an sich wenig problematisch klingenden Satz in den neuen Artikeln 35 (2) und 35 (3) das Monstrum der Notstandsgesetze hineingeschrieben wurde, wo nunmehr u. a. die „Streitkräfte (...) zur Hilfe bei (...) ei-

denwürdigen Satz, die Freiheit werde nun mal „auch am Hindukusch verteidigt“. Die jüngst Entscheidung der Karlsruher Richter knüpft nun direkt an der Notstandsgesetzgebung von 1968 und 1972 an. Während damals jedoch Gewerkschaften, linke Verbände und Teile der Kirchen diese Verfassungsänderungen massiv kritisierten und bekämpften, haben wir inzwischen im Land eine teils gleichgültige, teils fatalistische Grundhaltung

schon Macht und zum Exportweltmeister beziehungsweise Exportvize-weltmeister. Das verbirgt sich hinter der vielzitierten Phrase, es ginge dabei lediglich um „Normalisierung“. „Normal“ ist ja nicht, dass ein Staat seine Truppen in andere Länder schickt, dort stationiert und schießen lässt. Burkina Faso schickt keine Truppen nach Deutschland, um in Rostock-Lichtenhagen oder Solingen misshandelte afrikanische Flüchtlinge zu schützen. Ecuador schickt kei-

Anzeige

 <p>Michael Schulze von Glaßer: Soldaten im Klassenzimmer Die Bundeswehr an Schulen 128 Seiten EUR 12,90</p> <p>Nach Ende der Wehrpflicht drängt die Bundeswehr massiv an Schulen. Der Autor schildert, wie dies geschieht, zeigt aber auch konkrete Möglichkeiten auf, wie der Nachwuchswerbung Einhalt geboten werden kann. Und er lässt Akteure u. a. aus SchülerInnen-verbänden, Elternverbänden und Gewerkschaft zu Wort kommen.</p>	 <p>Linksjugend [solid] Hamburg: Mit Kapitalismus ist kein Frieden zu machen 136 Seiten EUR 10,90</p> <p>Eine Bestandsaufnahme zentraler Aspekte heutiger imperialistischer Politik, die vielfach im Gewande der Menschenrechte daherkommt. Mit Beiträgen von Christine Buchholz/ Stefan Zieff, Ullrich Henken, Klaus Henning, Nema Movassat, Michael Schulze von Glaßer, Jürgen Wagner und Rolf Verleger.</p>	 <p>Werner Ruf: Der Islam - Schrecken des Abendlands Wie sich der Westen von Feindbild konstruiert 129 Seiten EUR 9,90</p> <p>Die Konflikte von heute, so Samuel P. Huntington, seien solche zwischen Kulturen, von denen eine besonders gefährlich sei: Der Islam. Der einst biologisch begründete Rassismus kommt nun kulturell daher. Die Debatte um Samzun und Broder markiert nur die Spitze des Eisbergs einer sich europaweit formierenden Rechten.</p>	 <p>Peter Rau: Der Spanienkrieg 1936-39 Basiswissen Politik / Geschichte / Ökonomie Pocketformat 130 Seiten EUR 9,90</p> <p>Unergründet sind der Kampf der Spanischen Republik gegen den Faschismus und die internationale Solidarität, die sie erfuhr. Rau beschreibt Vorgeschichte und Verlauf des Krieges, Konflikte im republikanischen Lager, die verhängnisvolle Politik der Westmächte und die nicht immer uneigennütige Hilfe der Sowjetunion.</p>
<p>PapyRossa Verlag Luxemburger Str. 202 50837 Köln Tel. 0221/44 65 45 mail@papyrossa.de www.papyrossa.de</p>			

NATO-Raketenschild in Ramstein und am Niederrhein



Bereit zum Losschlagen in kürzester Frist

Interview mit Ulrich Sander von der Antimilitarismus-AG der VVN-BdA

Ohne die Regierung in Berlin zu fragen, hat die westliche Vormacht USA entschieden, das Kontroll- und Führungszentrum für die geplante Raketenabwehr ins pfälzische Ramstein zu legen. Dem Abwehrsystem hatte Berlin im Allgemeinen zugestimmt, – und nun soll es in unser Land kommen?

Ulrich Sander: Auf dem US-Luftwaffenstützpunkt unterhält die Nato bereits eines ihrer beiden Hauptquartiere für den Einsatz im Luftraum der Allianz. Aber mit der Entscheidung der US-Regierung für Ramstein wird Deutschland im Konfliktfall zum Frontstaat. Deutschland wird sich am sogenannten Raketenschild ja auch mit Patriot-Raketen selbst beteiligen. Gleichzeitig entstand in Kalkar eine Filiale für das US- und NATO-Kommando für den Luftraum. Diese Kommandozentralen wären die ersten Ziele von Raketenangriffen.

Wird die Raketenabwehr denn nicht überall als defensiv empfunden?

U.S.: Der russische Präsident Putin warf bereits vor seiner Wiederwahl den USA vor, mit dem Aufbau eines weltumspannenden Raketenabwehrsystems das „Gleichgewicht der strategischen Kräfte zu zerstören“. Er habe vergeblich eine rechtliche Garantie verlangt, dass die Raketenabwehr nicht gegen Russland gerichtet sei. Deshalb werde Russland mit der Entwicklung neuer Waffen reagieren, die den westlichen Raketenschild durchschlagen könnten.

Am 3. Oktober ruft ihr wegen dieser gefährlichen Entwicklung zu einer Antikriegsdemonstration in Kalkar auf. Kannst Du erklären, wer ihr seid und warum Kalkar ausgewählt wurde?

U.S.: Wir, das sind das Ostermarschkomitee Rhein/Ruhr, das seit 50 Jahren im Land Friedensaktionen durchführt. Ich bin seit von Anfang an Ostermarschierer. Für den 3. Oktober planen wir eine Protestaktion an der NATO-Kommandozentrale in Kalkar. Wieder einmal besteht große Gefahr für den Frieden: Der Krieg wird von deutschem Boden aus geplant und eingeübt.

Und warum das Datum 3. Oktober?

U.S.: Den 3. Oktober haben wir ausgewählt, weil es der Nationalfeiertag ist, an dem 1990 geschworen wurde „von deutschem Boden soll nur noch Frieden ausgehen“. Doch jetzt stecken wir wieder mitten drin in den Kriegen, was es in dieser Form zu Zeiten von DDR und BRD mit deutscher Beteiligung nicht gab.

Ihr thematisiert im Zusammenhang mit Kalkar auch, dass die USA in Ramstein das Herz des NATO-Raketenschildes installieren. Worin besteht dieser Zusammenhang?

U.S.: Kalkar und Ramstein müssen zusammen gesehen werden. Der US-amerikanische Kommandant von Ramstein ist zugleich der oberste NATO-Kommandierende in Kalkar. Er setzt die dortigen Kommandanten ein. Kalkar ist für die Region nördlich der Alpen zuständig, Ramstein für das Gebiet südlich. Das Raketenabwehrsystem soll ja offiziell von Ramstein aus gesteuert werden. Deutschland wird zum Frontstaat, der Ziel von Raketen würde. Und Deutschland hat noch nicht einmal ein Mitspracherecht im Einsatzfall. Ein General, der glaubt, eine Rakete im Anflug oder ein von Terroristen gekapertes Zivilflugzeug entdeckt zu haben, der fragt nicht lange nach bei der Bundesregierung. Und schon gar nicht den Bundestag.

Sucht ihr noch weitere Unterstützer? Was ist geplant?

U.S.: Geplant sind eine Sternfahrt und ein Protestmarsch. Die dortige Bevölkerung wiegt sich noch in Sicherheit mit samt den „sicheren Arbeitsplätzen“ – „todsicher“, wäre da der richtige Ausdruck. In Kalkar wurde das Personal aufgestockt, während an anderen Standorten Personalabbau betrieben wird. Stolz präsentiert die Lokalpresse die Fotos von der gemeinsamen zivil-militärischen Karnevalssaison in Kalkar. Bei der Unterstützung brauchen wir vor allem die Öffentlichkeit im ganzen Land.

Ihr seid also mit der Behandlung des Themas in den Medien unzufrieden?

U.S.: Der Plan der Einrichtung des Raketenabwehrsystems auf deutschem Boden wurde in den Medien mit Kleinstmeldungen abgetan. Auch der Plan, dass von Deutschland aus und durch deutsche Truppen Drohnen, also unbemannte, aber schwerbewaffnete Flugkörper mit dieser Bezeichnung eingesetzt werden sollen, löst keine Aufregung aus. Doch diese Bewaffnung, die ja ebenfalls für die Luftabwehr à la Kalkar Bedeutung haben wird, ist mit das Abscheulichste, was vorstellbar ist. Im Ziel werden jeweils große Ansammlungen von Zivilisten gleich mit ermordet.

Herrscht in Deutschland zuviel Stillschweigen angesichts neuer militärischer Entwicklungen?

U.S.: Als das Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien geplant wurde, hat dies dort ja sogar Unruhe ausgelöst. Nun müssen wir Unruhestifter sein. Denn Raketen sind Magneten.

Woher kommt die Haltung vor Ort, warum gibt es so wenig Kritik am Ausbau des Bundeswehr- und NATO-Stützpunktes?

U.S.: Es liegt nicht nur an unvollständiger Berichterstattung. Beunruhigten müsste eigentlich vor Ort die Meldung der regionalen Zeitung „Neue Rhein Zeitung“ aus dem WAZ-Konzern: „Die Nato spielt Krieg – und am niederrheinischen Kalkar wird er auf dem Reißbrett mit geplant und gesteuert.“ Die Übungen in der von-Seydlitz-Kaserne, so schrieb das Blatt, könnten schnell ernst werden, wenn „im Konfliktfall solche Entscheidungen deutlich über die kleinen Punkte auf den Computerbildschirmen hinaus Tragweite haben; dann lägen Menschenleben in den Händen der Soldaten.“

Die Übung kann also in Minuten in Kriegshandlung umschlagen, ohne dass der Bundestag gefragt wird?

U.S.: Es wurde sogar bekannt, dass von Kalkar aus angebliche Zivilflugzeuge mit Terroristen an Bord abgeschossen werden sollen, was laut Bundesverfassungsgericht illegal ist. Es ist ein Verstoß gegen den Artikel 1 des Grundgesetzes, das Leben und Würde jedes Menschen schützt und es ist ein Verstoß gegen die Abschaffung der Todesstrafe. Auch der Einsatz von Drohnen wird einen solchen Verstoß darstellen. Solche angeblichen Antiterroraktionen ziehen den Terror an.

Erörtert wird auch, dass die Nato noch mehr Macht erhält.

U.S.: Ja, im Mai hieß es in den Zeitungen: „Bundesrepublik soll das Recht aufgeben, den Einsatz gemeinsamer Waffensysteme zu blockieren.“ Der Einsatz von NATO-Einrichtungen soll nicht mehr unter Kontrolle der nationalen Parlamente stattfinden. Das erinnert an die Abschaffung der Haushaltsrechte des Bundestages durch die EU. Dasselbe nun in Olivgrün. Die Demokratie bleibt dabei auf der Strecke – und vor allem der Frieden.

Ulrich Sander ist Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten (VVN-BdA). Das Interview für die Zeitung gegen den Krieg führte Winfried Wolf

Für den wahren Antikriegstag

Ulrich Sander

Vor einem Jahr wurden in Dortmund Maßstäbe gesetzt. Viel Prominenz und unzählige Bürger erklärten anlässlich des bevorstehenden Naziaufmarschs zum „Nationalen Antikriegstag“: „Dabei verhöhnen sie mit ihren rassistischen Parolen den Antikriegstag, um die Opfer von Krieg und Faschismus zu verspotten. Als Demokratinnen und Demokraten sehen wir uns in der Pflicht, dies entschlossen zu verhindern und den Nazi-Horden den Weg zu blockieren.“

Und es wurde blockiert. Den Nazis wurde tatsächlich der Weg verstellt. Ihr Marsch wurde zwar nicht komplett verhindert. Doch das Verhindern haben sich die Demokraten für dieses Jahr fest vorgenommen. Und sie rechnen auf die Unterstützung aus ganz Deutschland.

Doch leider gab es diesmal keinen Blockadeaufruf von Minister Guntram Schneider und OB Ulrich Sierau. Man begnügte sich mit dem Versprechen des neuen Polizeipräsidenten, die Nazis aus dem Dortmunder Norden mit seinem hohen Migrationsanteil fernzuhalten.

Doch zwischen dem ersten Septemberwochenende 2011 und dem September 2012 liegen nicht einfach nur zwölf Monate. Dazwischen liegt die Aufdeckung einer braunen Mordserie. Auch in Dortmund haben die NSU-Nazis gemordet.

Was dieses Jahr in Dortmund besonders erschreckt, ist die Meinungsmache von Medien und einigen Politikern und der Polizei gegen eine breite Unterstützung für den Antinaziprotest. Wir bitten alle Antifaschistinnen und Antifaschisten von nah und fern, sich nicht abschrecken zu lassen: Kommt nach Dortmund und helft dort, die Nazis zu vertreiben und mit dem DGB den wahren Antikriegstag zu begehen.

Der Fluch der Rohstoffe

Sabine Leidig

Vor kurzem wurde über den „Global Resources Nexus“ der Transatlantic Academy berichtet. Demzufolge muss sich die Welt auf Rohstoffkriege und schwere Markturbulzen einstellen, wenn sie bei der Nutzung der immer knapper werdenden Ressourcen nicht stärker zusammenarbeitet. Im Unterschied zur aggressiven Strategie der Europäischen Union, die den schrankenlosen Zugang zu Rohstoffen fordert und massiven Druck auf die Exportländer ausübt, wird in dieser Studie immerhin auf supranationalen Interessenausgleich, Planung, Kooperation und Umsteuerung orientiert. Allerdings bleibt als Ziel ein funktionierender Weltmarkt.

Ignoriert werden die alltäglichen und oftmals teils kriegerischen Ressourcenkonflikte und die Zerstörung auf lokaler Ebene. Dabei werden die Bedingungen, unter denen unser Rohstoff-Hunger gestillt wird, immer brutaler – für diejenigen, die vom „Fluch der Rohstoffe“ betroffen sind. *Tatort Mosambik:* Die Kohle-Minen von Tete, die überwiegend von dem brasilianischen Rohstoffkonzern Vale ausgebeutet werden, werden derzeit massiv ausgebaut. Sie sollen bis zum Jahr 2015 ein Viertel des weltweiten Kohlebedarfs decken. Tausende Bewohner werden von ihrem Land vertrieben. Ein Protestmarsch der Bevölkerung wurde im Dezember 2011 von einer Polizei-Spezialeinheit brutal gestoppt. Betroffene klagen: „Wir werden jetzt vertrieben wie eine Herde Ziegen“. *Tatort Südafrika:* Während der Platin-Preis auf Höchstniveau und die Profite in dem Bereich explodieren, erhalten die Kumpels der Mine „Marikana“ von ihrem Arbeitgeber, dem Rohstoffkonzern Lonmin, umgerechnet 380 Euro im Monat. Sie besaßen die Frechheit, Lohnhöhungen zu verlangen. Eine Spezialeinheit der Polizei erschoss im August 2012 44 streikende Bergarbeiter.

Die Produktions- und Lebensweise der Industrienationen ist nicht gerechtigkeitsfähig und sie ist auch nicht friedensfähig – schon gar nicht, wenn Frieden mehr sein soll, als die Abwesenheit von Krieg. Deshalb ist die Suche nach Auswegen aus dem fossilen Pfad nicht nur eine ökologische, sondern vor allem eine soziale und eine friedenspolitische Herausforderung.

Militär definiert Recht!

Monty Schädel

In einem Land mit einer „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ ändern parlamentarische Mehrheiten diese Ordnung. So sagen es grundgesetzgläubige Menschen. Wie weit es damit in der Realität der Bundesrepublik Deutschland ist, wurde Mitte August wieder einmal deutlich. Erneut wurde NICHT durch parlamentarische Diskussion und Mehrheit die Grundordnung geändert, sondern der Wortlaut des Grundgesetzes wurde durch das oberste deutsche Gericht einfach uminterpretiert. So geschehen bereits bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr: Mit militärisch-politischer Salamitaktik wurden in der Bundesrepublik Kriege zur Normalität.

Das Bundesverfassungsgericht hat nun erneut Fakten geschaffen. Ab jetzt ist möglich, dass in „Ausnahmesituationen katastrophischen Ausmaßes“ bewaffnete Bundeswehrsoldaten auch im Inneren der Bundesrepublik zum Einsatz kommen. Natürlich ist es (noch) kein Freibrief für das deutsche Militär und die dahinterstehende Politik. Doch selbst wenn heute noch Bedingungen für solche Inlandseinsätze der Bundeswehr formuliert wurden, bleibt zu befürchten, dass diese Bedingungen in Zukunft ähnlich aufgeweicht werden wie seinerzeit die Bedingungen für die Auslandskriegseinsätze.

Den militärischen Umgang mit Protestbewegungen erlernen die Soldaten u.a. im Gefechtsübungszentrum in der Altmark (siehe S. 8). Warum sollen sie das Erlernte nur im Ausland anwenden? Protestsituationen bei Gipfeltreffen, vor Banken, bei Castor-Transporten oder vor Waffenfabriken lassen sich sicher auch passend als „Ausnahmesituationen katastrophischen Ausmaßes“ interpretieren.

Ulrich Sander ist Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN/BdA und Mitherausgeber der Zeitung gegen den Krieg. Siehe www.nrw.vvn-bda.de · Sabine Leidig ist Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke. Siehe auch: www.plan-b-mitmachen.de · Monty Schädel ist Politischer Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und Mitherausgeber der Zeitung gegen den Krieg

Machtkampf im Nahen und Mittleren Osten

Der Syrien-Konflikt spaltet die Lager



Bahman Nirumand

Der Konflikt in Syrien ist längst nicht mehr eine innere Angelegenheit des Landes. Inzwischen sind einige Außenmächte direkt daran beteiligt, allen voran Saudi-Arabien, die Türkei und der Iran – drei Mächte, die miteinander um die Vormachtstellung im Nahen und Mittleren Osten rivalisieren. Die Modelle, die sie für die Zukunft der im Veränderungsprozess befindlichen arabisch-islamischen Staaten präsentieren, weisen gravierende Unterschiede auf.

Saudis gegen jede Reform

Das weitgehend stagnierende Saudi-Arabien ist geprägt von wenigen Faktoren: Religion, Öl, Petrodollars und Despotie. Fortschritt und gesellschaftlicher Wandel haben kaum stattgefunden, ein rigider Islam erstickt nahezu jeden Versuch der gesellschaftlichen Emanzipation. Der wahabistische Islam, eine Seitenlinie der sunnitischen Strömung, hält strikt am heiligen Buch, dem Koran, fest und lehnt jede Reform ab. Diese innere Lage steht im krassen Widerspruch zu der Außenpolitik Saudi-Arabiens, die fest im Gefüge der Strategie der USA und des Westens für den Nahen und Mittleren Osten insgesamt eingebettet ist. Heute ist Saudi-Arabien neben Israel der engste Verbündete der USA in der Region. Auch die EU-Staaten betrachten Saudi-Arabien als verlässlichen Partner, vor allem weil das Land für ausländische Unternehmen eine Goldgrube ist, insbesondere für Waffenlieferanten. Saudi-Arabien hat inzwischen für Abermilliarden Waffen aus den USA und Deutschland gekauft,

zum Teil Waffen, für deren Einsatz saudische Soldaten und Offiziere nicht ausreichend ausgebildet sind. Doch im Ernstfall, wie damals beim Überfall irakischer Streitkräfte auf Kuwait, wird die US-Armee einspringen.

Türkei will Vormacht

Die Türkei vertritt einen liberalen Islam, der sich an demokratische Spielregeln anzupassen versucht. Zwar sind diese Versuche nicht Folge einer gesellschaftlich-emanzipatorischen Bewegung, sondern von oben angeordnet. Das birgt die Gefahr eines Rückfalls in Krisenzeiten. Doch gegenwärtig ist angesichts der politischen Stabilität im Land und der raschen wirtschaftlichen Entwicklung eine solche Gefahr nicht zu befürchten. Die Türkei ist Mitglied der NATO und strebt die Mitgliedschaft in der EU an. Doch seit geraumer Zeit deutet sich immer mehr ein Kurswechsel in Richtung Nah- und Mittelost an. Insbesondere nach dem sogenannten arabischen Frühling scheint die Türkei bestrebt zu sein, eine führende Position in der Region übernehmen zu wollen.

Regionale Großmacht Iran

Der Iran vertritt nach eigenem Anspruch einen revolutionären Islam. Doch die Islamische Republik schwankt seit über dreißig Jahren, wie aus der Staatsbezeichnung ersichtlich, zwischen zwei entgegengesetzten Polen: einer nach den Grundsätzen einer Republik ausgerichteten Staatsordnung und einem islamischen Gottesstaat. Dabei ist bislang keiner dieser beiden Pole auch nur annähernd erreicht worden. Dank des Afghanistan- und des Irak-Kriegs

konnte der Iran seinen Einfluss in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens erheblich ausweiten und zu einer regionalen Großmacht aufsteigen. Zudem konnte das Land ideologisch durch eine radikale Politik gegenüber dem Westen und Israel eine große Sympathie unter den arabisch-islamischen Völkern gewinnen. Eine starke Annäherung an die seit dem Sturz Saddam Husseins im Irak regierenden Schiiten, die finanzielle, militärische und politische Unterstützung der Hisbollah im Libanon und radikaler Gruppen in Palästina sowie ein festes Bündnis mit Syrien erweiterten den Machtbereich Irans bis weit in die arabischen Staaten hinein.

Schiiten gegen Sunniten

Dieser Machtzuwachs des großen Nachbarn im Norden rief die autoritär regierten arabischen Golfstaaten auf den Plan. Man sprach von einer schiitischen Achse, der nun eine Front sunnitischer Staaten entgegengesetzt werden müsse. Dieser Plan entsprach den Plänen der USA sowie des Westens insgesamt. Durch massive Waffenlieferungen an Saudi-Arabien, die Arabischen Emirate, Katar, Bahrain und Oman und die Errichtung von Militärstützpunkten wurde die Front verstärkt.

Beim Entflammen der Aufstände in den Staaten Nordafrikas und am Persischen Golf versuchten die drei genannten Akteure auf die Entwicklung richtungsweisend Einfluss zu nehmen. Während die Türkei für Reformen in Richtung Liberalisierung plädierte, versuchte Saudi-Arabien, die sunnitischen Islamisten zu stärken. Teheran deutete die neue Bewegung als „Erwachen des revolu-

tionären Islams“, die den Aufbau eines gegen den Westen und Israel gerichteten islamischen Staates anstrebte.

Pro und Contra Assad

Die Rivalität zwischen den Akteuren spitzte sich zu, zunächst in Bahrain, als Saudi-Arabien dem Land militärisch Beistand leistete und einen Aufstand der vorwiegend schiitischen Minderheiten niederschlug, noch mehr aber, als die Unruhen in Syrien begannen. Während die Türkei auf der einen und Saudi-Arabien sowie einige andere Golfstaaten auf der anderen Seite die Aufständischen in Syrien immer massiver unterstützten, vor allem militärisch, sprach Teheran von Machenschaften der USA und Israels und versuchte mit allen Mitteln, das Assad-Regime an der Macht zu halten.

Teheran hatte zwar seine Bereitschaft erklärt, jeden Friedensplan zu unterstützen, aber nur, wenn Assad bleiben würde. Das Bündnis mit dem Assad-Regime scheint für den Iran so wichtig zu sein, dass der iranische Vizestabschef Massud Dschasajeri erklärte, Iran werde einen Regimewechsel in Damaskus durch „böse Regierungen“ wie Saudi-Arabien, Katar oder die Türkei nicht zulassen. Auf der anderen Seite haben Saudi-Arabien und die Türkei ihre Waffenlieferungen an die Rebellen in Syrien verstärkt.

Neuordnung der Region

Alle drei Staaten werden immer tiefer in den Syrien-Konflikt hineingezogen. Die Geiselnahme der Mitglieder iranischer Revolutionsgarden durch syrische Rebellen könnte eine Falle sein, in die das Regime in Tehe-

ran hineingeraten könnte, wenn es offiziell seine Bereitschaft zu einem militärischen Engagement in Syrien erklären würde. Das käme einer indirekten Kriegserklärung an Saudi-Arabien und die Türkei gleich. Eine solche Entwicklung hätte verheerende Folgen. Die Auseinandersetzung in Syrien würde sich wandeln zu einem Krieg der Sunniten gegen die Schiiten und religiösen Minderheiten wie Aleviten und Christen.

Zwar ist dieser Krieg bereits in Syrien wie im Irak und im Libanon im Gange. Sollte aber der Iran sich offiziell militärisch einmischen, würden sowohl Saudi-Arabien als auch die Türkei sicherlich nicht dem Geschehen zuschauen. Ein Krieg von Sunniten gegen Schiiten würde gewiss nicht auf die Grenzen Syriens beschränkt bleiben. Er würde sich in sämtliche Nachbarstaaten ausbreiten und von langer Dauer sein. In diesem Fall wäre ein Angriff auf iranische Atomanlagen ein leichtes Spiel. Wäre dann nicht eine Neuordnung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens notwendig, ein Plan, den schon George W. Bush im vergangenen Jahrzehnt zu realisieren versucht hatte? Als Israel 2007 den Libanon angriff, sagte die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice: „Was wir hier sehen, sind die Geburtswehen eines neuen Nahen Ostens. (...) Was immer wir tun – wir müssen sicher sein, dass wir den Neuen Nahen Osten vorantreiben und nicht zurückgehen zum alten.“

Bahman Nirumand ist Schriftsteller, Publizist und Journalist. Mit 14 Jahren kam der gebürtige Iraner nach Deutschland, ging zwischendurch zurück in seine Heimat und musste später das Land erneut verlassen.



Die deutsche Regierung rüstet Israel zu einem Zeitpunkt auf, wo sich die Kriegsgefahr im Nahen und Mittleren Osten weiter erhöht. Israels Marine verfügt bereits über drei U-Boote aus deutscher Produktion. Das Bild zeigt eines der drei weiteren für Israel bestimmten im Bau – bei HDW-Kiel, eine zum Rüstungskonzern ThyssenKrupp Marine Systems zählende Rüstungswerft.

„Bloß keinen Krieg gegen den Iran!“

Ein Interview mit Rouzbeh Taheri und Shir Hever

Der Iraner **Rouzbeh Taheri** und der Israeli **Shir Hever** trafen sich bei der Attac-Sommerakademie Anfang August in der Gutenberg-Universität in Mainz. Sie diskutierten in einem gemeinsam vorbereiteten Workshop über den drohenden Krieg gegen den Iran, über die Funktion der Waffenexporte aus Deutschland und über Handlungsoptionen für die internationale Bewegung.

auf der Welt, acht Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Zählt man die versteckten Kosten hinzu, sind es sogar zwölf Prozent. Die sozialen Budgets aber werden zusammengestrichen. Die öffentlichen Dienste wie Gesundheitswesen, Erziehung, Ausbildung oder Verkehr werden immer mehr vernachlässigt. Viele Menschen sind ungeschützt Armut und sozialem Abstieg ausgeliefert. Sie sind verzweifelt. Die Protestbewegung ist – wie schon 2011 – wieder auf der Straße. Ein Krieg mit dem Iran würde

um die Kriegspropaganda mit der Dehumanisierung des "Feindes" aufzudecken. Erfreulich, dass auch in Berlin mit dem Iranian-Israel-Circle ein Aktionsbündnis entstanden ist, das gegen die Kriegstreiberei, die Sanktionen gegen den Iran und gegen die deutschen Waffenexporte protestiert.

Und wie ernst sind die Drohungen der iranischen Führung gegen Israel?

R. T.: Es gehört seit dreißig Jahren zum propagandistischen Repertoire der Regierung, sich als Gegner der israelischen Politik hervorzuheben. Sie unterstützt Gruppen im Libanon und in den besetzten Gebieten, die gegen Israel kämpfen. Aber es gab nie auch nur den Versuch eines direkten Angriffs auf Israel. Jeder iranische Politiker weiß, dass das Selbstmord wäre. Die Politiker im Iran sind keine Fanatiker, auch wenn sie im Westen so dargestellt werden. Präsident Ahmadinedschad hält provokante Reden, um die eigene Machtposition im Land und in der islamischen Welt zu festigen. Er möchte als unerschrockener Kämpfer dastehen, der den Großmächten die Stirn bietet. Mit dieser verbalen „Standfestigkeit“ kann er von seinem Versagen in anderen Bereichen ablenken.

Aber sind es nicht vor allem die verheerenden Sanktionen der USA und der EU, die die iranische Wirtschaft schädigen?

R.T.: Dass ist richtig. Mit den Sanktionen wird seit vielen Jahren schon ein verdeckter Krieg geführt. Die wirtschaftliche Situation hat sich als Folge der Sanktionen dramatisch verschlechtert. Doch die Elite leidet nicht. Die Sanktionen treffen vor allem die einfache Bevölkerung. Die Preise für Nahrungsmittel sind stark gestiegen. Zugleich aber hat die iranische Regierung längst geplanten Sozialabbau umgesetzt und als Ergebnis der Sanktionen verkauft. Der Unmut der Bevölkerung wird dadurch von der Regierung abgelenkt. Die Unterdrückung der Opposition ist

in der Atmosphäre der äußeren Bedrohung viel leichter.

Wo steht Deutschland, wenn es um Krieg oder Frieden in der Region geht?

S.H.: Der deutsche Verteidigungsminister Thomas de Maizière hat Barak gewarnt, den Iran anzugreifen. Aber dieses verbale Statement ist nichts wert, wenn Deutschland Israel für den Krieg gegen den Iran aufrüstet. Die 12 Militär-U-Boote, zu deren Lieferung sich die deutsche Regierung verpflichtet hat, sind die wichtigsten Angriffswaffen für diesen Krieg. Sechs davon wurden schon geliefert. Die U-Boote können mit schweren Raketen, möglicherweise sogar mit Atomraketen, ausgerüstet werden. Ihr Ziel kann kaum ein anderes sein als der Iran. Kaum erwähnt wird, dass die Finanzierung dieser Kriegsgeräte zum Teil als Holocaust-Wiedergutmachung gilt.

Angriffswaffen als Holocaust-Wiedergutmachung?

S.H.: Deutschland als drittgrößter Waffenexporteur der Welt will sich auch am Kuchen des Mittel-Ost-Konfliktes bedienen. Deshalb wurden mit der israelischen Regierung Pläne entwickelt, wie die Kassen der Rüstungskonzerne gefüllt werden können. Die Finanzierung der U-Boote geht so: Ein Drittel der Kosten bezahlt Israel normal. Das zweite Drittel wird mit in Israel hergestellten Waffen bezahlt (so dass die israelischen Waffenfirmen profitieren können) und ein Drittel kommt aus dem deutschen Fonds für die Wiedergutmachung nach dem Holocaust. Anstatt die Überlebenden des Holocaust zu unterstützen, von denen viele in Armut leben und auf Sozialhilfe angewiesen sind, geht das Geld an die Besitzer der Waffenfabriken.

Welche Optionen seht Ihr für die internationale Bewegung?

S.H.: In dieser Situation sollte die internationale Bewegung sehr sorgfältig darauf schauen, welches die Bedürfnisse der Bevölkerung sind, die

unterstützen will. Aktivisten von außerhalb sollten keine Lösungen diktieren, sondern Solidarität mit den Aktivisten vor Ort zeigen, die ihren eigenen Weg suchen. Es wäre ein Fehler, aus der Kriegsablehnung die gegenwärtige Regierung im Iran zu unterstützen oder einen Regimewechsel im Iran zu fordern. Darüber müssen die Menschen im Iran selbst entscheiden. Doch internationale Aktivisten haben die Verantwortung, Einfluss auf ihre Regierungen zu nehmen. Regierungen, die Waffen in Länder exportieren, die sich am Rande eines Krieges befinden, machen sich mitverantwortlich für den Tod und das Leid, das durch diese Waffen entsteht. Die deutsche Regierung kann nicht für sich in Anspruch nehmen, dass sie nicht weiß, dass Israel Gewaltabsichten gegen den Iran hat. Israel in dieser Situation mit Langstreckenwaffen aufzurüsten, heißt, dass Deutschland einen feindlichen Gewaltakt gegen Teheran unterstützt. Aktivisten sollten sich für ein Waffenembargo gegen Israel einsetzen.

R.T.: Einerseits müssen wir uns für ein Ende jeglicher Rüstungsexporte in die Region, und natürlich nicht nur in diese Region, einsetzen. Mit dieser Forderung sollte die Perspektive eines atomwaffenfreien Nahen und Mittleren Ostens verbunden werden. Zum anderen dürfen wir nicht den Fehler machen, die iranische Regierung zu unterstützen. Es muss klar sein, dass wir gegen Krieg sind und genauso gegen die Unterdrückung der Bevölkerung sind, egal ob im Iran oder in den palästinensischen Gebieten.

Shir Hever ist israelischer Wirtschaftswissenschaftler und Publizist. Er arbeitet für das Alternative Information Center, eine palästinensisch-israelische Organisation in Jerusalem und Beit-Sahour. 2010 erschien sein Buch *The Political Economy of Israel's Occupation* im Verlag Pluto Press.

Rouzbeh Taheri ist Vorstandsmitglied des Iranischen Kultur- und Medienvereins in Berlin.

Das Interview führte Barbara Fuchs von der Attac-AG Globalisierung und Krieg.



Rouzbeh Taheri



Shir Hever

Krise und Protest waren die großen Themen bei der Attac-Sommerakademie ...

Rouzbeh Taheri: Da lagen wir mit unserem Thema "Bloß keinen Krieg!" genau richtig. Denn Krise und Krieg sind miteinander verwandt.

Warum trommelt gerade jetzt Israels Premierminister Netanjahu mit Ungeduld zum Krieg?

Shir Hever: Die neoliberale Politik und die Militarisierung der Gesellschaft haben auch in Israel zu einer ökonomischen Krise geführt. Es ist vor allem eine Krise der Ungleichheit. Die Reichen spüren die Krise kaum, aber die Armut steigt an und die Mittelklasse wird in rapidem Tempo immer kleiner. Der Verteidigungshaushalt wächst unaufhörlich. Er beträgt, wie in keinem Land sonst

zu einer schweren Belastung werden. Aber Premierminister Benjamin Netanjahu und Verteidigungsminister Ehud Barak, deren Popularität beschädigt ist, fürchten den Machtverlust bei der nächsten Wahl. Jahrelang haben sie auf die nukleare Bedrohung durch den Iran fokussiert. Mit einem Krieg könnten sie der Protestbewegung den Wind aus den Segeln nehmen und sich selbst noch rechtzeitig vor den nächsten Wahlen als „Kriegshelden“ in Szene setzen.

Wie verhält sich die Protestbewegung zur Kriegsfrage?

S. H.: Die gegenwärtige Bewegung ist sich bewusst, dass ein Krieg gegen den Iran ihre Bewegung zerstören könnte. Deshalb werden viele von ihnen aktiv. Zusätzlich zu Demonstrationen auf der Straße suchen sie Kontakt mit der iranischen Bevölke-

Die Lage der Kurden in Syrien

Zwischen allen Fronten

Ulf Petersen

In mehreren der vorwiegend von Kurden bewohnten Städten im Norden Syriens haben im Juli kurdische Volksräte und Volksschutzkomitees die Kontrolle übernommen. Seit Beginn der Aufstandsbewegung gegen die Assad-Regierung im letzten Jahr wurde der Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen vorangetrieben. Die kurdischen Farben auf den Militärposten, die von den Regierungssoldaten verlassen wurden, die kurdischen Milizen – Männer und Frauen – auf den Straßen: all das sind Symbole kurdischer Autonomie, die in den ganzen Mittleren Osten ausstrahlen.

Koloniales Erbe

Die Konflikte im Mittleren Osten sind ein Erbe der kolonialen Politik des 19. und 20. Jahrhunderts. Als das osmanische Großreich zerfiel, kam der erste Weltkrieg. Europa bediente sich aus den Resten, das Erdöl, das bereits an Bedeutung gewann, lockte. Nationalgefühle und nationale Ängste wurden von den Hauptakteuren Frankreich und Großbritannien zynisch und flexibel genutzt, um ein beherrsch- und ausbeutbares Gefüge zu schaffen.* Die bald neu entstehenden Staaten Türkei (1923), Irak (1932) und Syrien (1946) trugen die Erblast dieser Politik von Teile und Herrsche, dem Grundkennzeichen der ehemaligen Kolonialmächte, die später als Mandatsmächte agierten (ein „Mandat“ ist eine freundlich formulierte Form der direkten Beherrschung).

Die Briten nutzten den im 19. Jahrhundert entstehenden arabischen Nationalismus gegen die osmanischen Herrscher und gegen die französische Konkurrenz. Im geheimen Sykes-Picot-Abkommen wurde schon 1916 der britische Zugriff auf den späteren Irak und der Zugriff Frankreichs auf Syrien festgelegt. Letzteres wurde durch das schnelle Erstarken syrisch-arabischer Nationalbestre-



Kurdische Sprachschule in Syrien – vor 4 Monaten eröffnet. Vor 2011 wären die Lehrer mit 10 Jahren Gefängnis bestraft worden.

bungen gefährdet. Um diese im Zaum zu halten, trat Frankreich in den 20er und 30er Jahren teilweise als Schutzmacht der christlichen und der kurdischen Minderheiten auf.

Die Nutzung einer Minderheit zur Herrschaftssicherung findet sich ab den 1960er Jahren im Regime der syrischen Baath-Partei wieder, das sich vorwiegend auf die alawitische Minderheit stützt: Rund zwölf Prozent der syrischen Bevölkerung zählen zur alawitischen Minderheit; diese stellt jedoch nach Schätzungen bis zu 80 Prozent der Offiziere in Syriens Armee und stellt das Spitzenpersonal in Regierung, Verwaltung und Geheimdiensten.

Kurden als innerer Feind

Die am Reißbrett gezogenen neuen Grenzen zwischen Türkei, Irak, Iran und Syrien gingen mitten durch die kurdischen Siedlungsgebiete. Die meisten syrischen Kurden leben in Nordsyrien in einem Streifen von der Mittelmeerküste entlang der Grenze

zur Türkei bis hinunter zur Grenze zum Irak. Größte kurdische Stadt ist mit rund 400000 die zu zwei Dritteln kurdisch bewohnte Stadt Al-Qamishli (kurdisch: Quamishlo), die nur durch die Grenzbefestigungen von Nusaybin auf türkischer Seite getrennt ist. Aber auch in der Hauptstadt Damaskus leben rund 100000 Kurden, es gibt dort ein großes kurdisches Viertel.

In den 50er und 60er Jahren entwickelten sich kurdische Autonomiebestrebungen sowohl im Irak als auch in Syrien. Der von Mustafa Barzani (Vater von Masud Barzani, dem Präsidenten der heutigen Kurdischen Autonomieregion im Nordirak) geführte bewaffnete Kampf gegen Bagdad alarmierte die syrische Regierung. Als eine Art Präventivschlag wurde im Oktober 1962 nach einer außerordentlichen Volkszählung 120000 Kurden in der syrischen Provinz Hasaka die Staatsbürgerschaft entzogen. Begründet wurde dies damit, dass sie nach 1946 aus der Türkei eingewandert seien. Nachdem im März 1963 in Damaskus die bis heute regierende Baathpartei an die Macht kam, wurde in einem Geheimbericht des Sicherheitschefs von Hasaka, Mohamed Talab Hilal, Klartext gesprochen: „Wir müssen die Kurden als Gruppe von Personen betrachten, die alle ihre Bemühungen und alles was sie besitzt einsetzt, um ihr eigenes, vorgestelltes Heimatland zu schaffen. Wir müssen sie daher, ungeachtet religiöser Bindungen, als unsere Feinde betrachten, es gibt keinen Unterschied zwischen ihnen und Israel, denn „JUDASTAN“ und „KURDISTAN“ sind von derselben Art.“

Die Ausgebürgerten und ihre Nachfahren – geschätzt bis zu 225000 Men-

sch – hatten keine Möglichkeit, Anstellung im öffentlichen Dienst zu bekommen, ihnen wurden subventionierte Grundnahrungsmittel vorenthalten, sie durften keine Immobilien oder Produktionsmittel besitzen und nicht ins Ausland reisen. Ein Zugeständnis der Regierung im letzten Jahr war die Ankündigung, die staatenlosen Kurden wieder einzubürgern.

Vom Aufstieg der PKK zur heutigen Situation

In der Türkei war seit der Niederschlagung der kurdischen Aufstände in den 1920er und 30er Jahren die Unterdrückung der Kurden am schlimmsten. Nicht nur Sprache und Kultur wurden unterdrückt, sondern ihre Existenz als Volk wurde geleugnet, sie galten als „Bergtürken“.

Der Kampf und die Niederlage der Linken in der Türkei in den 70ern mit dem Militärputsch von 1980 als traumatischem Einschnitt hat den Boden für den Aufstieg der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) bereitet. Ihr strategisches Ziel war ein revolutionärer Dominoeffekt durch militärische Erfolge in der Türkei, verbunden mit Volksaufständen.

Syrien, der Irak und der Iran wurden soweit möglich als Stütze und Basis genutzt. Die PKK hatte in den 80er und 90er Jahren ihre Ausbildungslager in der damals von Syrien kontrollierten libanesischen Bekaa-Ebene. Auch der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan lebte dort und ab Mitte der 90er Jahre in Damaskus. Als Teil des Arrangements mit dem syrischen Staat fungierte die PKK als Ordnungsmacht unter den syrischen Kurden und orientierte diese auf den Kampf gegen den türkischen Staat. Für Syrien war die PKK ein Druckmittel gegen die Türkei, mit der Syrien territoriale Streitigkeiten um die Mittelmeerprovinz Hatay sowie die durch türkische Staudämme an Euphrat und Tigris bedrohte Wasserversorgung hat. Trotzdem blieb die Unterstützung begrenzt, es gab keine Waffen- und Ausbildungshilfe.

Seit Ende der 1990er Jahre hat sich vieles verändert: Auf Druck der Türkei hat Syrien mit der PKK gebrochen; Abdullah Öcalan musste 1998 das syrische Exil verlassen und landete nach einer Flucht durch mehrere Länder in türkischer Haft.**

Die syrischen Kurden haben trotz harter Repression immer wieder für

ihre Rechte protestiert und sich organisiert. Anfang 2011 begann der Aufstand gegen die Assad-Regierung. Er wurde schnell zu einem Stellvertreterkrieg zwischen Iran, Russland, China auf der einen und den USA, der EU und den Golfmonarchien auf der anderen Seite. Ethnische und religiöse Minderheiten wie Christen und Kurden werden von islamistischen Kräften in der Opposition und der Freien Syrischen Armee (FSA) bedroht und als potentielle Verräter gesehen. Diese Haltung wird von der türkischen Regierung unterstützt.

Die der PKK nahestehende syrische Partei der demokratischen Union (PYD) wurde seit ihrer Gründung 2003 mit besonderer Härte verfolgt; sie ist heute die stärkste Kraft unter den syrischen Kurden. Sie versucht im Bündnis mit den kurdischen Parteien, die der Kurdischen Autonomieregierung im Nordirak nahestehen, eine dritte Position zu vertreten: Gegen Assad, für demokratische Selbstverwaltung, aber auch gegen die Eskalation des Krieges und gegen das Vordringen djihadistischer Kämpfer, für die Gleichberechtigung und Befreiung der Frauen.

Der Berliner Journalist und Fotograf Benjamin Hiller reiste im Juli in den Norden Syriens. In der Wochenzeitung *Jungle World* schrieb er „Wenn die Islamisierung der Freien Syrischen Armee (FSA) weitergeht und eine neue Regierung in der Zeit nach dem Sturz Assads sich der Muslimbruderschaft annähert, werden die kurdischen Milizen erneut für ihre Freiheit kämpfen müssen. Auch der Kampf um die Kontrolle der Ölfelder könnte zu einer ähnlichen Situation wie im Nordirak führen, wo die Kämpfe zwischen Bagdad und Erbil um die Ölstädte Kirkuk und Mosul andauern. Aber die größte Gefahr bleibt die „Libysierung“ Syriens, eine Konstellation nämlich, in der verschiedene religiöse und ethnische Gruppen um die Macht kämpfen und die Milizen sich weigern, die Waffen abzugeben.“ (Nr. 31 vom 2.08.2012)

Es bleibt zu ergänzen: Die Entwicklung in Syrien könnte die fragile Ordnung im gesamten Nahen Osten grundlegend verändern. Die „Libysierung“ droht dabei nicht allein Syrien. Sie könnte in der gesamten Region, angefangen mit Irak und Libanon, stattfinden. Das allerdings wäre wieder das klassische Modell von „Teile und Herrsche“, mit dem die alten Kolonialmächte ihre Herrschaft verlängerten und mit dem die gegenwärtigen westlichen Großmächte ihre Interessen in der Region, vor allem ihre Ölinteressen, befriedigen könnten.

Ulf Petersen ist aktiv in der Kampagne TAT-ORT Kurdistan und bei den Naturfreunden Köln. Informationen zur kurdischen Geschichte siehe u.a. www.kurdwatch.org/pdf/kurdwatch_einfuehrung_de.pdf.

* Am 16. Mai 1916 schlossen die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens das sogenannte Sykes-Picot-Abkommen ab. Es war geheim, da in diesem die nach außen konkurrierenden ehemaligen Kolonialmächte ihre Interessen zur brüderlichen Aufteilung des Erbes des Osmanischen Reiches friedlich und auf Kosten der Bevölkerung dieser Regionen regelten. *ZgK-Red.*

** Die Türkei hatte Syrien mit Krieg gedroht, wenn die Unterstützung für die PKK fortgesetzt würde. In der Folge stellte das Regime in Damaskus jede Unterstützung für die PKK ein. Öcalan floh u.a. nach Griechenland, Italien und Kenia und wurde schließlich vom türkischen Geheimdienst gekidnappt. Am 29. Juni 1998 wurde er in der Türkei zum Tode verurteilt und später zu lebenslanger Haft begnadigt.



Dunkel markiert die Gebiete in Syrien mit vorwiegend kurdischer Bevölkerung



Deutsche Marine:

Kriegsvorbereitung und Durchführung – immer dabei

Karin Masche

Bereits vor Gründung der Bundesmarine 1956 war die Minenräumung der Seewege in Ost- und Nordsee weitestgehend erledigt. Das hinderte die Militärstrategen aber nicht, genau auf dieser „Notwendigkeit“ eine Seestreitkraft für die Strategien des kalten Krieges aufzubauen. Minensuchbootgeschwader wurden gebildet, Verminen von westdeutschen Seehäfen und der Ostseefahrten geübt und Minenräumungen für Landungsmanöver in DDR und Polen trainiert. Noch heute liegen 300000 Weltkriegsminen außerhalb der internationalen Seewege weiterhin am Boden der Ostsee, die Räumung mittels moderner Drohnen auf Minenjagdbooten wäre durchaus möglich und sinnvoll. Doch diese erscheint bei einem Preis von 40000 Euro je Minenräumung zu teuer. Die „Minensuchboote“ und die folgende zweite Generation der „Minenjagdboote“ hatten und haben andere politische Aufgaben.

Irakkrieg 1990

„In freundschaftlicher Verbundenheit – Deutschlands Beitrag zur Befreiung Kuwaits“, so lautet die Überschrift eines Artikels auf der Homepage der Deutschen Botschaft in Kuwait. Vor den Küsten Kuwaits bestand eine 80 Seemeilen lange Sperre aus Seeminen noch aus dem ersten Golfkrieg zwischen Irak und Iran 1980 bis 1988. Bereits eine Woche nach der Besetzung Kuwaits durch den Irak im Jahr 1990 beschloss die Bundesregierung mit der „Operation Südflanke“ die Entsendung eines Minenabwehrverbandes der Deutschen Marine. Dieser Beschluss, der noch vor der deutschen Wiedervereinigung gefasst wurde, war eine Zäsur. Damit wurden der erste Auslandseinsatz der Bundeswehr – im NATO-Sprech „Out-of-area-Einsatz“ – in der Nachkriegsgeschichte eingeleitet. Dieser scheinbar friedliche Minenräumungseinsatz ermöglichte die spätere Besetzung und Sicherung der kuwaitischen Ölfelder durch westliche alliierte Truppen und bereitete den Boden für Auslandseinsätze der Bundeswehr weltweit. Die deutschen Steuerzahler berappten bis April 1991 für den Irak-Krieg 16,9 Mrd. DM – 15 bis 20 Prozent der Kosten dieses Kriegs. Arabische Nachbarstaaten wurden mit etwa 2 Mrd. DM unterstützt, Gerät und Munition unentgeltlich abgegeben, Materialdarlehen gewährt. Großer Gewinner war sicherlich die deutsche Rüstungsindustrie.

Jugoslawien 1999

Ohne UN Mandat und ohne, dass der

„Bündnisfall“ vorlag führte die NATO von März bis Juni 1999 unter dem Decknamen Operation Allied Force einen Luft-Boden-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien durch. Marschflugkörper wurden von Schiffen in der Adria abgefeuert; 28000 Sprengkörper wurden auf Städte und Infrastruktur wie Brücken, Fabriken, Kraftwerke und Medieneinrichtungen abgeworfen. In Erinnerung geblieben ist vielen noch das Kriegsverbrechen von Varvarin, einem kleinen Marktflecken. Hier wurde eine kleine Brücke, die in den Ort führte, bombardiert mit samt den Menschen, die sich auf dem Weg zum Markttag befanden. Auch die deutsche Luftwaffe nahm an den Angriffen teil. 79 Tage dauerten die intensiven Bombardierungen; 38000 Einsätze wurden geflogen.

Von der U.S. Air Force und von der Royal Air Force wurden auch die später international geächteten Streubomben eingesetzt. Die NATO selbst geht von 10 Prozent Blindgängern aus, die eine immer noch andauernde starke Gefahr für die Zivilbevölkerung darstellen. Die eingesetzte Munition aus abgereichertem Uran hat ganze Landstriche verseucht.

Vor den Küsten Jugoslawiens operierte bereits seit Dezember 1998 das deutsche Flottendienstboot „Oker“ und leistete Aufklärungsarbeit für die NATO durch Überwachung der jugoslawischen Aktivitäten. Nach Ansicht der NATO-Führung benötigte sie besonderen Schutz, da sie ein potenzielles Ziel darstellen würde. Sie wurde durch die Fregatten „Rheinland-Pfalz“ und „Bayern“ begleitet. Auf den Radar-Bildschirmen der Operationszentrale auf den Schiffen ist ein Schwarm von Kampfflugzeugen mit ihrer tödlichen Fracht zu sehen. Es ist davon auszugehen, dass die Angriffe im Kosovo-Krieg u. a. mithilfe des Aufklärungsschiffes „Oker“ geflogen wurden.

UNIFIL

Im Rahmen der „Blauhelmission“ im Libanon kamen auch deutsche Minenjagdboote und Schnellboote zum Einsatz. Sie sollen die 225 km lange Küste des Libanons überwachen und den Schmuggel von Waffen unterbinden. Seit dem Jahr 2006 wurden vier von zwölf Kommandeuren der „Maritime Task Force 448“ durch die Deutsche Marine gestellt. Ihre Aufgabe ist die Kapazitätsstärkung der libanesischen Marine. In diesem Zusammenhang hat Deutschland der libanesischen Marine bereits drei Patrouillenboote und einen Navigationssimulator geschenkt sowie Trainingskurse für libanesischen Marineoffiziere im Libanon und in

Deutschland durchgeführt. Sie werden dabei auch in die Nutzung eines Radarsystems eingeführt, das Deutschland an der libanesischen Küste errichtet und finanziert. Neun Stationen wurden dort aufgebaut. Mit dabei im Unifil-Einsatz sind auch Minenjagdboote des Minenkampfschwaders aus Kiel. Seit kurzem kommen nur noch die Boote des Geschwaders in den UNIFIL-Einsatz, die mit den neusten Luftüberwachungssystemen ausgerüstet sind.

Wir können davon ausgehen, dass die deutsche Marine nach sechs Jahren UNIFIL-Mandat die Gewässer vor dem Libanon wie ihre Westentasche kennt. Der Libanon hat auf seiner Länge 375 km Grenze zu Syrien, ist aber nur 30 bis 100 km breit. Die Küstenradarstationen liegen somit nicht weit von der syrischen Grenze entfernt und ermöglichen Überwachung militärischer Bewegungen auch in Syrien.

Umbau der Marinestrategie für den weltweiten Einsatz

Derzeit werden die klassischen Minenjagdboote, die jedes einzelne für mehrere Millionen Euro bisher alle zwei Jahre komplett mit der neusten Technologie ausgerüstet worden waren, zusätzlich für andere Aufgaben ausgestattet. Vier Boote wurden bereits mit neuem Auftrag an die Marineschutzkräfte in Eckernförde übergeben.

Die offiziellen Einsatzschwerpunkte lassen eine maritime GSG-9 erahnen: „Land- und seeseitiger Schutz der Einheiten der Deutschen Marine und deren Einrichtungen an Land, in Häfen, auf Reeden und in küstenna-

hen Gewässern im In- und Ausland“, „Beratung der Führungsebenen vor Ort“, „Informationsgewinnung durch Feldnachrichtenkraften der Marine zur Unterstützung des Operativen Schutzes sowie zur Vorbereitung und Unterstützung des Einsatzes von See- und Seeluftstreitkräften“, „Unterstützung bei Aufbau und Betrieb sowie Schutz eines Abstützpunktes Marine (APM)“, „Schutz von Straßentransporten im In- und Ausland im Rahmen der Einsatzunterstützung“, „Unterstützung von Speziellen Operationen“, „Durchführen der Kampfmitlerkundung (EOR)“, „Durchführen

gowina, Dschibuti und am Horn von Afrika – Einsätze im Rahmen der EUgeführten Operation Atalanta, bei UNIFIL-Aktivitäten im Libanon und vor Zypern, zum Schutz des Munitionstransporters Westerwald beim Transit von Deutschland nach Südafrika und zurück.

„Operationen in engen und flachen Gewässern“

Auf Nato-Ebene gib es sogenannte „Kompetenzzentren“. So kümmert man sich in der Türkei um „Terrorismusbekämpfung“, in Slowenien um „Kampf in schwierigem Gelände und

Oben: Auf dem Minenjagdboot Fulda im Kieler Hafen. Im Bild ein Minenhebekran von MBB und eine zu legende Übungsmine auf Minenschiene. Rechts: Der Fuldaer Bürgermeister Dr. Dippel am Ruder des Minenjagbootes Fulda. Er hat als CDU Stadtverbandsvorsitzender einen Brandbrief an Merkel verfasst und stellt sich damit in die Tradition des rechtspopulistischen Ex CDU MdB Martin Hohmann, der in Folge der „Tätervolk Debatte“ aus der CDU ausgeschlossen wurde.



von ABC-Abwehrmaßnahmen an Land“, „Unterstützung bei der Beweissicherung“, „Unterstützung fremder Streitkräfte in Deutschland im Rahmen des Host Nation Support“. Dabei haben die „Feldnachrichtenkraften der Marine“ den Auftrag, mittels „zielorientierter Gesprächsführung die Stimmung innerhalb der Bevölkerung im Einsatzland auszuwerten, um das Lagebild vor Ort zu vervollständigen“.

Schutzteams werden auf Handelsschiffen eingesetzt. Sie sollen die Schiffsführungen beraten und das Schiff vor (Piraten-)Angriffen schützen, ebenso den Schutz im Hafen gewährleisten (Checkpoints, Hafenbecken abtauchen)

Die Marinesoldaten erhalten u.a. eine Ausbildung im Orts- und Häuserkampf. Sie waren bisher im Einsatz in Afghanistan, Bosnien-Herze-

im Gebirge“. Die deutsche Bundeswehr sieht eine Kompetenz bei „Operationen in engen und flachen Gewässern.“

Untersucht und geübt wird der gemeinsame Einsatz verschiedener Streitkräfte von militärischen Mitteln mit Schwerpunkt auf Kriegsschiffen bis zur Größe von Fregatten, auch Flugzeugen und mit U-Booten. Hierzu wird geforscht, es werden Simulationen durchgeführt und ausgewertet. Und irgendwann mündet diese militärische Forschung in konkrete Handlungen, sprich Krieg.

Karin Masche ist Stadtverordnete für Die LINKE. Offene Liste in Fulda. Sie setzte sich anlässlich des Patenschaftsbesuchs der Stadt im Mai 2012 auf dem Minenjagdboot Fulda mit dem Charakter der Minengeschwader auseinander. Ihre sozialwissenschaftliche Diplomarbeit veröffentlichte sie 1982 zur Friedenspädagogik im „Fulda Gap“.

Waffenhandel-Ratschläge für Merkel

Peter Grottian

Bundeskanzlerin Merkel soll in mehreren „kleinen Kreisen“ zu verstehen gegeben haben, dass sie im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes 2013 keine großdimensionierten Waffenverkäufe nach Saudi-Arabien, Katar, Brasilien, Indonesien oder Algerien zustimmen werde. Waffenverkäufe in Spannungsgebiete, zumal an Staaten, die mit Demokratie und Menschenrechten nichts am Hut haben, seien selbst Anhängern von FDP und CDU/CSU, geschweige denn einer in dieser Frage sehr kritischen Öffentlichkeit, nicht zu vermitteln. Die Panzer – jetzt schon 800 – nach Saudi-Arabien werden zur No-Go-Area für die Kanzlerin.

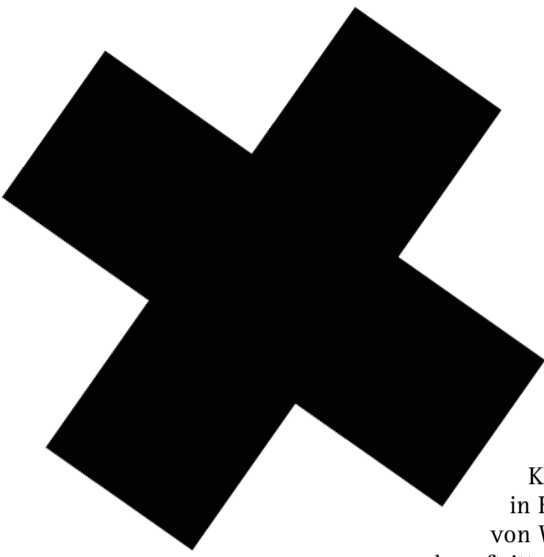
Es gibt aber einflussreiche Ratgeber der Kanzlerin, die ihr einen Ausweg nach Kohlschen Politikprinzipien angetragen haben: Sie solle, möglicherweise am Tag der Menschenrechte (10.12.), lapidar verkünden: „Großdimensionierte Waffenverkäufe in Spannungsgebiete und wo Menschenrechte massiv verletzt werden, sind nicht aktuell.“ Mit dieser Formulierung sei das Rü-

stungs- und Waffenexportthema elegant vom Tisch: Die Waffenindustrie könnte darauf hoffen, dass sie mit langen Lieferzeiten ihre Rausch-Geschäfte doch noch teilweise machen kann. Der Begriff „großdimensionierte Waffenverkäufe“ lässt ja möglicherweise eine erste Tranche von Waffenexporten zu. Menschenmordende Handfeuerwaffen à la Heckler & Koch wären ausgenommen. Die ausstehenden Waffendeals wären optisch-zeitlich so geschoben, dass diese Un-Thema im Wahlkampf keine Rolle spielen und sich Merkel auf ihre Euro-Kür „In-schwierigen-Zeiten-in-guten-Händen“ konzentrieren könnte. Merkel ist so umstellt und bedrängt, dass sie bei Licht besehen eigentlich nur noch diese „Nicht-Aktuell-Variante“ hat. Soweit man hört, soll Merkel auf diese Ratschläge „aufgeschlossen“ reagiert haben.

Peter Grottian ist Hochschullehrer für Politikwissenschaft an der FU Berlin und Mitinitiator der Kampagne „Legt den Leo an die Kette!“ im Rahmen von „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

Kriegstreiberei und Militarisation markieren, blockieren, sabotieren!

und kann hier aufgehhalten werden



Krieg
in Form
von Wer-

beauftragten der Armeen an Schulen, im öffentlichen Raum und im Entertainment propagiert und verharmlost wird; wo durch Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren das Militär, von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, mehr und mehr unseren Alltag durchdringt, um im Namen von „Demokratie“ und „Menschenrechten“ das todbringende Geschäft zur Profitmaximierung und Herrschaftssicherung zu propagieren.

Krieg beginnt hier, wo Soldatentum als ganz normaler Berufsstand angepriesen wird und nicht als das, was es ist: Als zerstörerisches, todbringendes und hochtechnisiertes Handwerk, das Lebensgrundlagen vernichtet und soziale Strukturen zerstört, und das das Leben von zivilen Menschen per Bombenabwurf und Maschinengewehrsalve auf Basis von Befehl und Gehorsam vernichtet. Wenn aber Krieg hier beginnt, dann kann Krieg auch hier aufgehhalten werden!

Deshalb ruft die Kampagne **WAR STARTS HERE** dazu auf, sich dem

Krieg überall dort, wo er uns in unserem Alltag begegnet, in unterschiedlichsten Formen durch antimilitaristische Aktivitäten entgegenzustellen – sei es bei Werbeauftritten des Militärs an Schulen, auf Messen, in Arbeitsämtern oder als Show-Einlage auf Stadtfesten, sei es bei beteiligten Produktionsstätten, Unternehmen und Vertragspartnern, bei Transportmitteln, auf Wegstrecken und auf Truppenübungsplätzen. Überall dort, wo Krieg beginnt, lässt sich Kriegstreiberei und Militarisation markieren, blockieren und sabotieren.

„War Starts Here“ – antimilitaristisches Camp gegen das Gefechtsübungszentrum in Letzlingen bei Magdeburg

Den Auftakt zur Kampagne bildete im Sommer letzten Jahres ein 10-tägiges Camp im Norden Schwedens mit etwa 200 Menschen aus mehreren Ländern. Unter dem Motto **WAR STARTS HERE – let's stop it here!** enterten Aktivistinnen und Aktivistinnen in einer Massenaktion den größten europäischen Militärübungsplatz, „NEAT“ (North European Aerospace Testrange). Sie markierten ihn auf

diese Weise als einen der Eckpfeiler der internationalen Kriegsmaschine, dessen Existenz und Bedeutung bis dahin von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen worden waren.

Auch das diesjährige internationale Diskussions- und Aktionscamp gegen Krieg und Militarisation stellt sich in den Kontext der europaweiten Kampagne **WAR STARTS HERE**, in deren Rahmen auch in Deutschland bereits zahlreiche Aktionen stattgefunden haben (einige Aktionen sind u.a. auf der homepage www.bundeswehr-wegtreten.de dokumentiert). Das Camp findet vom 12. bis 17. September am Gefechtsübungszentrum (GÜZ) in Letzlingen in der Altmark nahe Magdeburg statt. An etwa 250 Tagen im Jahr durchlaufen hier alle (!) Soldaten der Bodentruppen der Bundeswehr, die in den Kriegseinsatz im Ausland entsendet werden, ein zweiwöchiges Training, bei dem sie unter „realitätsnahen Bedingungen“ Krieg üben und perfektionieren sollen. Auf dem Gelände entsteht derzeit die „Übungsstadt“ Schnöggersburg mit Kirchen, Moscheen, Krankenhäusern, Elendsvierteln, Kanalisation, U-Bahn-Stationen und vielem mehr. Es handelt sich um die Kulisse einer Metropole, wie sie

laut Kommandantur „überall auf der Welt stehen könnte“. Hier sollen zukünftige Krieg und Aufstandsbekämpfung geübt werden. Das GÜZ wird von einer Firma, die zum Rüstungskonzern Rheinmetall gehört, betrieben und an die Bundeswehr vermietet. Es wird zunehmend auch Armeen anderer NATO- und EU-Staaten „zu Übungszwecken“ zur Verfügung gestellt.

Das ist also genau der richtige Ort, um das diesjährige antimilitaristische Camp aufzuschlagen und ein deutliches „Nein!“ gegen Krieg und Militarisation zu artikulieren.

Am zentralen Aktionstag des Camps, der am Samstag, dem 15. September, stattfindet, soll unter dem Motto „Entern! Lahmlegen! Umgestalten!“ der Übungsbetrieb am GÜZ für einen Tag unterbrochen werden. Im Anschluss an das Camp in Schweden wollen wir mit unserem Camp die Tradition antimilitaristischer Vernetzung, gegenseitiger Inspiration und vielfältiger Aktivitäten fortführen.

Krieg beginnt hier und kann hier aufgehhalten werden.

Mehr Informationen unter www.warstartsherecamp.org

Cecile Anders

Seit einem Jahr versucht die antimilitaristische Bewegung im Rahmen der Kampagne „Krieg beginnt hier in die kriegerische Normalität unseres Alltags und die zahllosen zivilmilitarischen Verflechtungen einzugreifen. Der Brennpunkt der Kampagne liegt auf der erweiterten zivil-militarischen Infrastruktur und der ideologischen Rechtfertigung von militärischer Gewalt. Wir wollen die verschiedenen Facetten der Herrschaftssicherung durch Kriegspolitik sichtbar machen, dabei stören und angreifen. Denn das Vorbereiten, Üben und Koordinieren von Krieg, das Produzieren, Transportieren, Forschen, Werben und Rekrutieren für den Krieg findet direkt vor unseren Augen statt. Es geht nicht nur darum, das Gesicht des Krieges mit all seinen zerstörerischen und tödlichen Konsequenzen erkennbar zu machen. Vor allem soll deutlich gemacht werden: Krieg beginnt hier und kann hier aufgehhalten werden.

„War Starts Here“ – eine europaweite Kampagne

Im Sommer letzten Jahres starteten Antimilitaristinnen und Antimilitaristen des Europäischen Antimilitaristischen Netzwerks (EAN), das aus Organisationen und Initiativen aus bislang acht europäischen Ländern besteht, die Kampagne **WAR STARTS HERE**. Denn derzeit erleben wir die Normalisierung von Krieg als ganz alltägliches Mittel einer Politik, die nicht nur weit weg von uns ihre zerstörerischen und tödlichen Konsequenzen entfaltet, sondern mehr und mehr unseren Alltag und die vermeintlich zivilgesellschaftlichen Strukturen durchdringt. Damit jedoch unsere Regierungen, die NATO oder die EU Krieg führen können, müssen wir – die Gesellschaften, in denen wir leben, und jeder einzelne Mensch – soweit auf diese Kriege eingestimmt werden, dass wir sie, wenn nicht gutheißen, so doch zumindest stillschweigend akzeptieren. Denn ohne unsere schweigende Zustimmung kann Krieg nicht geführt werden.

Hier setzt die Kampagne **WAR STARTS HERE** an: Sie ruft dazu auf, sich der herrschenden Kriegspolitik aktiv entgegenzustellen, indem wir deutlich machen: Krieg beginnt hier, und kann hier aufgehhalten werden. Denn Kriege, die von den Staaten, in denen wir leben, in unserem Namen geführt werden, finden nicht nur anderswo statt. Vielmehr findet Krieg direkt vor unseren Augen statt: überall dort nämlich, wo Krieg legitimiert, geplant, organisiert und koordiniert wird; wo für den Krieg geforscht, produziert, transportiert und wo das Kriegführen geübt wird; wo

Aktionswoche für militärfreie Bildung und Forschung 24. - 29. September

Schulfrei für die Bundeswehr!

Lena Sachs

Über 90 Organisationen haben für den September zu einer bundesweiten Aktionswoche für militärfreie Bildung und Forschung aufgerufen. Hintergrund ist eine zunehmende Militarisation dieser gesellschaftlichen Bereiche.

Die politische Bildung in Schulen ist ein sensibles Feld, welches, wie ihre Geschichte zeigt, nur allzu schnell zum Instrument der Machterhaltung und zur Durchsetzung bestimmter politischer Sichtweisen missbraucht werden kann. Politische Bildung muss daher stets ihre Ausrichtung kritisch hinterfragen. Dass die „Jugendoffiziere“, Soldaten und Soldatinnen, welche zu Kommunikationsprofis ausgebildet wurden, im schulischen Unterricht und in der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte als so genannte „Experten der politischen Bildung“ und als Lehrende auftreten, sollte demnach stutzig machen.

Die bundesweite Aktionswoche für eine militärfreie Bildung und Forschung, die vom 24. bis 29. September durchgeführt wird, soll nicht nur Unverständnis für diese fragwürdige Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Bildungseinrichtungen ausdrücken. Wir wollen damit vor allem unsere Empörung darüber kundtun, wie politische Bildung im Sinne des Bundesministeriums für Verteidigung

mit gestaltet wird.

Die entsprechende Kooperation gibt es grundsätzlich seit 1958. Sie wurde seither allerdings stetig intensiviert. Seit 2008 wurden in mittlerweile acht Bundesländern Kooperationsvereinbarungen zwischen den jeweiligen Bildungsministerien und der Bundeswehr abgeschlossen. Deren Ziel ist die Zusammenarbeit Bundeswehr - Bildungseinrichtungen sowohl im Schulunterricht als auch in der Ausbildung der Lehrkräfte weiter zu intensivieren. Auch wenn die Vereinbarungen rechtlich nicht bindend sind, so wirken diese jedoch oftmals als Eintrittskarte für die Jugendoffiziere in die staatlichen Bildungseinrichtungen.

Offiziell dürfen Jugendoffiziere nicht um Nachwuchs werben. Dieses Arbeitsfeld ist den Soldatinnen und Soldaten der Wehrdienstberatung der Bundeswehr vorbehalten. Eine klare Trennung ist jedoch nicht möglich. Darüber hinaus werben Jugendoffiziere als Sympathieträger immer indirekt für die Bundeswehr und stellen für einige Jugendliche, nicht zuletzt seit der Aussetzung der Wehrpflicht, den ersten Kontakt zur Bundeswehr dar. Auch vor den Toren der Hochschulen machen die Jugendoffiziere nicht halt.

Dort wird zudem eine weitere Problematik deutlich: Immer intensiver arbeiten Universitäten mit Rüstungsunternehmen zusammen, um neue

Waffen- und andere Kriegstechnologien zu entwickeln. Auch in wissenschaftlichen Disziplinen, die weit über technische Bereiche hinausgehen, zeigen sich Tendenzen der Militärforschung. Jegliche Nutzarmachung der universitären Forschung für die Kriegsführung steht im Widerspruch zu einem am humanistischen Bildungsideal ausgerichteten Hochschulwesen. Daher fordern die Unterstützerinnen und Unterstützer der Aktionswoche die flächendeckende Einführung von Zivilklauseln (siehe den Beitrag von Dietrich Schulte auf diesen Seiten).

Mit der bundesweiten Aktionswoche wollen wir Protest äußern und Widerstand leisten, gegen die zunehmende Militarisation der Gesellschaft und gegen den Missbrauch von Bildung und Wissenschaft für militärische Zwecke.

Neben der DFG-VK, der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Kinderrechtsorganisation terre des hommes rufen zahlreiche Studierenden- und Schülerschaftsvertretungen, Friedens- und Jugendorganisationen sowie etliche regionale Bündnisse zu den Aktionstagen auf. In Planung sind Podiumsdiskussionen, Infoveranstaltungen, Unterschriftensammlungen, Informationsstände an Schulen und Protestaktionen, welche die Öffentlichkeit für die Problematik sensibilisieren sollen. Am Samstag,

den 29.09. soll zum Abschluss ein bundesweiter, dezentral organisierter Flashmob mit dem Thema „Bundeswehr wegputzen“ stattfinden, bei dem hoffentlich viele Städte dabei sein werden.

Wir hoffen, dass die Widerstandsbewegung gegen Militarisation mit der Aktionswoche weiteren Schwung bekommt und eine breitere Basis erhält. Die Liste der Unterstützerinnen und Unterstützer zeigt: Das ist kein Thema mehr, welches bloß die antimilitaristische und pazifistische Szene beschäftigt. Hier wurden Diskussionen und Empörung quer durch die Gesellschaft entfacht. Viele Erfolge, wie beispielsweise der Einführung militärfreier Schulen, sind erste Schritte auf unserem Weg. Doch der Druck auf die Bildungs- und Wissenschaftsministerien muss noch deutlich erhöht werden, damit unseren Argumenten die Beachtung geschenkt wird, die ihnen in Anbetracht des Ernstes der Lage gebührt.

Weitere Informationen und Anregungen für die Aktionswoche unter: <http://antimilaktionswoche.wordpress.com>.

Lena Sachs ist Erziehungswissenschaftlerin und Koordinatorin für die Aktionswoche. Ihre Bachelorarbeit schrieb sie 2011 zum Thema *Die Zusammenarbeit von Bundeswehr und Bildungseinrichtungen - Eine kritische Analyse* (nachzulesen unter www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr.de oder zu bestellen beim DFG-VK-Materialversand www.dfg-vk.de/webshop).

Stärkung der Kriegsforschung und Kampf um „Zivilklauseln“ an Universitäten

Jetzt entrüsten!

Dietrich Schulze

Eine Schlüsselrolle bei der Formierung der Bundesrepublik zum kriegerischen Überwachungsstaat kommt der Militarisation des Bildungswesens, der Schulen und Hochschulen, zu. Obwohl alle großen Hochschulen jetzt schon in Programme der Rüstungsforschung und Besatzungswissenschaft eingebunden sind, ist das dem Bundesverteidigungsminister nicht genug. Im Zusammenhang mit der diesjährigen sogenannten NATO-Sicherheitskonferenz forderte er überzeugende Beiträge der Hochschulen, z.B. zu Kriegs- und Überwachungsdrohnen. Die Notwendigkeit für eine Drohnenbewaffnung im Kriegseinsatz begründet er in Perversion der bekannten Fakten und des Völkerrechts mit deren Zielgenauigkeit und dem Schutz von Zivilisten und eigenen Soldaten. Viele Uni-Leitungen und zuständige Landesregierungen – auch solche mit rot-grünem Personal – passen sich diesem verhängnisvollen Kurs in die Unfreiheit an. Bundesforschungsministerin Schavan ist gerade in die Schlagzeilen geraten, weil sie mit großen Beträgen aus dem zivilen Haushalt Rüstungskonzerne direkt gefördert hat. Jene wiederum ködern die klammen Hochschulen mit Drittmitteln für ihre Zwecke. Auf folgende Weise schließt sich ein zivil-militärischer Kreislauf, der sich selbst fortwährend verstärkt: Hochschulen mit hoher Drittmittel-einwerbung werden mit dem Exzellenzstatus belohnt, was mit neuen Extramitteln verbunden ist, worunter erneut Rüstungsforschung dabei sein kann. Undsoweiterundsofort.

Beispiel Bremen

Uni Bremen – ein aktuelles Beispiel: Im Januar 2012 war nach langen Auseinandersetzungen die Zivilklausel der Uni aus dem Jahr 1986, in der die „Ablehnung jeder Beteiligung an Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung“ festgelegt ist, durch Beschluss des Akademischen Senats bekräftigt worden. Hintergrund ist die Stiftungsprofessur des Bremer Weltraum-Rüstungskonzerns OHB, die hierzu in krassstem Widerspruch steht. Kurz darauf wird ein früherer Verstoß gegen die Zivilklausel publik, eine nachrichtentechnische Militärforschungskoooperation der Unis Bremen

und Karlsruhe mit OHB und Bundeswehr. Uni-Rektor Müller gibt den Verstoß zu, vertuscht ihn aber emsig. Im Juni erhält dann die Uni Bremen wie von Geisterhand gesteuert den Exzellenzstatus. Und im August wird die klammheimlich eingefädelte Berufung von Claus Braxmaier aus Konstanz auf eben jene OHB-Stiftungsprofessur bekannt: Herr Braxmaier arbeitet traditionell eng mit dem Weltraum-Rüstungsgiganten EADS zusammen.

Die Forderung des AStA und der Bremer Friedensbewegung im Einklang mit der verpflichtenden Zivilklausel, anstelle der OHB-Stiftungsprofessur eine interdisziplinäre Professur für Abrüstung, Friedensforschung und Rüstungskonversion einzurichten, bleibt auf der Tagesordnung.

Dieses Bild aus Bremen ist typisch für die aktuelle Situation: Es gibt einerseits einen zunehmenden Militarisierungsdruck; andererseits entwickelt sich dagegen auch wachsender Widerstand. An etwa 40 Hochschulen gibt es entsprechende Arbeitskreise und Aktionen, darunter etliche Urabstimmungen zugunsten der Zivilklausel. An zehn Hochschulen ist die Zivilklausel verankert. Jüngst kamen die Hochschulen Bremen und Bremerhaven hinzu. Für Niedersachsen, wo bereits in den Jahren 1993 bis 2002 eine Zivilklausel im Landeshochschulgesetz verankert wurde, wird erneut die Einführung gefordert. Es bildete sich eine bundesweite Koordination „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ mit aktiver Unterstützung der Gewerkschaften ver.di und GEW. Kongresse gegen Kriegsforschung gab es 2011 an der TU Braunschweig und der Uni Tübingen und am 15./16. Juni 2012 an der Uni Karlsruhe, jetzt verbunden mit dem ehemaligen Forschungszentrum Karlsruhe zum Karlsruher Institut für Technologie KIT.

Der Ort Karlsruhe für den Kongress „Verantwortung der Wissenschaft für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ war der Tatsache geschuldet, dass hier vor vier Jahren im Zuge der Gründung des KIT die öffentliche Auseinandersetzung um die Zivilklausel ihren Anfang nahm. Die besonderen Note dabei: Im KIT findet erstmals an einer öffentlichen Einrichtung „Atom- und Waffenforschung unter einem Dach“ statt. Die

Zivilklausel des Forschungszentrums („Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.“) beweist, dass wegen des (inzwischen aufgeweichten) völkerrechtlichen Atomwaffenverbots, die Friedensbindung für die gesamte Forschungspalette (auch die nichtkern-technische) von Anfang an gültig sein sollte. Dieser Tabubruch wurde von einer schwarz-gelben Landesregierung begangen. Trotz gegenteiliger Wahlaussagen wurde er von der grün-roten Landesregierung bisher nicht beseitigt. Die Themen der Tagung waren Rüstungsforschung, Zivilklausel-Bewegung, „Atom- und Waffenforschung“, Dual-Use (Doppeltverwendbarkeit der Forschung für zivile und militärische Zwecke), Drohnen für Überwachung und Krieg. Den Abschluss bildete ein streitbares Podium mit Vertreterinnen und Vertretern aus Friedenswissenschaft, Studierendenschaft, Gewerkschaft und Politik.

KRIEGS-FORSCHUNGS-FREIE ZONE

Die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten hat zusammen mit der DFG-VK Baden-Württemberg und dem Bürgerprojekt *Die AnStifter* eine 48-seitige Streitschrift über den Kongress zusammengestellt unter dem Titel *Jetzt entrüsten! Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder Kriegs „Dienstleister“?* (ISBN 978-3-944137-01-8).

Der Freiburger Historiker und Friedensforscher Wolfram Wette hat ein Geleitwort und Heribert Prantl ein Vorwort zu dieser Publikation verfasst. Die verbindende Klammer für alle Beiträge war die unvergessliche Tätigkeit des Friedenswissenschaftlers und Physikers an der Fridericia-

na Karlsruhe, Werner Buckel (1920-2003), der dort ein Vierteljahrhundert zuvor einen bedeutenden Kongress gegen Rüstungsforschung ausgerichtet hatte.

Die Streitschrift ist rechtzeitig lieferbar zur bundesweiten Aktionswoche „Militärfreie Schulen und Hochschulen“. Bestellungen bitte an: Verlag Peter Grohmann, Olgastraße 1 A, 70182 Stuttgart, kontakt@die-anstifter.de DFG-VK Baden-Württemberg, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, dfg-vk@paritaet-bw.de Einzelpreis 4,50 EU. Für Buchhandlungen, ASten und Friedensinitiativen bei Abnahme ab 10 Exemplaren 2,50 / Stück (incl. 7% Umsatzsteuer). Bestell-Postkarten sind abrufbar unter www.stattdweb.de/files/civil/Doku20120819.pdf

Bitte nicht wieder sagen: „Das hat doch keiner gewußt!“

Im Gefechtsübungszentrum Letzlingen wird nicht nur der normale Krieg geprobt. Es wird Bürgerkrieg, Krieg gegen die zivile Bevölkerung geübt. Die dort entstehende Stadt, deren Bau bis zu 100 Millionen Euro teuer werden wird, könnte natürlich eine afghanische Stadt sein – aber auch eine Stadt mitten in Europa. Athen, Thessaloniki oder auch Porto in Nordportugal oder Oviedo im spanischen Asturien – eben überall da, wo die Ordnung von Dollar und Euro gefährdet erscheint.

Und es sind keineswegs nur linke Gazetten wie die *Zeitung gegen den Krieg*, die über die unverhohlenen Kriegsvorbereitungen berichten. Nachfolgend ein Bericht aus der *Mitteldeutschen Zeitung*:

„LETZLINGEN/MZ. Der Truppenübungsplatz Altmark soll das größte Übungszentrum in Europa werden. Der scheidende Leiter des Gefechtsübungszentrums Letzlingen, Oberst Michael Matz, sagte am Mittwoch bei seiner Verabschiedung, die Truppe bekomme dort eine komplette Übungsstadt. In einer ersten Phase sollen nach MZ-Informationen rund 60 Millionen Euro investiert werden. Insgesamt könnten es knapp 100 Millionen werden. Die Planungen für die künstliche Stadt laufen seit rund sechs Jahren, Baubeginn soll noch 2012 sein.“

Wie Oberstleutnant Peter Makowski auf MZ-Anfrage

sagte, ist bis 2016 zunächst der Bau von 180 Gebäuden und von Infrastruktur inklusive eines Stücks Autobahn vorgesehen. Am Ende – der Zeitpunkt ist offen – sollen es 520 Gebäude sein. Mit „Schnöggersburg“ soll eine komplette Stadt nachempfunden werden. „Es wird ein kulturelles Zentrum geben, ein politisches und auch ein Industriegebiet mit großen Hallen, selbst wenn dort kein Schornstein wirklich raucht“, sagte Makowski.

Auf dem Truppenübungsplatz werden derzeit jährlich zwischen 20000 und 25000 Soldaten auf Einsätze in Krisengebieten vorbereitet. Bereits jetzt existieren sechs kleinere Siedlungen – unter anderem „Plattenhausen“ mit 17 Gebäuden und ein Übungsdorf „Stulpenstadt“. Eine komplette Stadt gebe es bislang in Deutschland nicht, so Makowski. „Konflikte entstehen aber in urbanen Zentren.“ Deshalb sei auch zum Üben ein Ballungsraum nötig. Soldaten sollen sich dort unter anderem auf Einsätze vorbereiten, bei denen noch Zivilisten im Ort sind. Es gehe nicht um den Nachbau einer afghanischen Stadt, hieß es. Gebaut werde eine „Fabelstadt, die sich in der ganzen Welt befinden könnte“. Bis 2016 soll das Zentrum auf einem Quadratkilometer Fläche entstehen, später wird „Schnöggersburg“ gut sechs Quadratkilometer groß. (...)“

Aus: *Mitteldeutsche Zeitung*, Mai 2012.

Jugendliche ohne Schutz vor Militär-Anwerbern

Das geänderte Melderecht

Ulrich Sander

Die Meldeämter sollen die Bürgerinnen und Bürger künftig melden dürfen – melden bei Leuten, mit denen die betroffenen Menschen oft nichts zu tun haben wollen. Das sieht ein neues Gesetz vor, das noch durch den Bundesrat muss, um dann angewendet zu werden: Es sieht die Meldung der Menschen bei Firmen, Behörden und auch Geheimdiensten vor, auf dass diese dann ungehindert mit ihrer Werbung und auch anderswie die Betroffenen belästigen dürfen. Für die Gemeinden soll es ein einträgliches Geschäft werden. Insbesondere die Wirtschaft soll für den

Datenmissbrauch zahlen. Die Bürgerinnen und Bürger können sich nur dagegen wehren, wenn sie ausdrücklich widersprechen. Sonst ist der Datenschutz hin.

Der normale Weg wäre eigentlich dieser: Die Behörden fragen bei den Betroffenen an, ob sie mit der Weitergabe ihrer Daten einverstanden sind. Aber so läuft das nicht.

Auch die Bundeswehr erhält dann alle Daten, die sie wünscht. Sie kann ihr „Werben fürs Töten und Sterben“ nun direkt an die Jugendlichen senden. Junge Leute, froh der Wehrpflicht entkommen zu sein, die ja „ausgesetzt“ wurde, können dann mit Versprechungen überhäuft werden,

auf dass sie sich der Tötungsmaschinerie zur Verfügung stellen.

Es gibt ganze Landstriche, in denen die Behörden der Bundeswehr sämtliche Daten der Jugendlichen aushändigten – und zwar sogar schon Jahrgänge im Kindesalter. Dabei wird das Recht der Jugendlichen ausgehebelt, die Datenweitergabe zu untersagen. Oder die Jugendlichen unterschlagen diese – und die Daten werden trotzdem an die Werber fürs Militär ausgehändigt. Wenn es rauskommt, bekommt der oder die Betroffene ein Entschuldigungsschreiben vom Landrat oder Bürgermeister. Das war’s dann.

Der Werbeapparat läuft. Mit

Schreiben des Kreiswehrratsamtes werden die Jugendlichen unter 18 Jahren zum „Freiwilligen Wehrdienst“ aufgefordert oder zum Soldatentum „auf Zeit“. Verwendungen mit guter Bezahlung werden versprochen. Es wird an die staatsbürgerliche Verantwortung appelliert.

Verantwortung, sich totzuschießen zu lassen oder andere totzuschießen? Die Angriffskriege, an denen Deutschland entgegen dem Grundgesetz Art. 26 teilnimmt, werden als „internationale Missionen“ dargestellt. Der Jugendliche soll bereit sein, an solchen Auslandseinsätzen teilzunehmen. Es handelt sich dabei jedoch um Krieg! Doch die Worte „Krieg“ oder „Frieden“ kommen in dem Werbematerial bezeichnender Weise nicht vor.

Ein Großvater schrieb uns: „Er-

wähnen möchte ich noch, dass die Enkeltochter H. erst 16 Jahre alt war, als die Bundeswehrwerbung einsetzte. Wo bleibt da das Elternrecht und wo die Kindercharta, die das Werben fürs Sterben verbietet? Wo bleiben Hinweise wie sonst in der Werbung: „Das Produkt kann tödlich sein. – Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen sie...?“

Den Jugendlichen sei geraten: Aufgepasst: Schreibt an das zuständige Meldeamt! Schreibt: Wir wollen keine Werbung der Militaristen bekommen. Verlangt, dass Städte und Landkreise das Widerspruchsrecht der Jugendlichen ausdrücklich über die Medien bekannt geben. Die Medienmitarbeiter sind aufzufordern, auch tatsächlich über die Rechte der Jugendlichen aufzuklären.

Kundus war kein „Betriebsunfall“

Erinnerung an die Opfer des Massakers wachhalten

Christine Buchholz

Was mir Karim Popal, der Anwalt der Opfer der Bombardierung von Kundus, erzählt, macht mich sprachlos: Er war in Afghanistan. Die Gräber der Opfer, insbesondere die Sammelgräber, sind kaum noch zu sehen. Wo sich die Gräber und auch ein Checkpoint der Deutschen befinden, hat die afghanische Armee einen Militärposten gegründet. Sie hat die Macht über die Gräber. Wenn sich Familienangehörige um die Gräber kümmern wollen, werden sie von Milizen, Kriegsverbrechern und Drogenbauern weggejagt.

Die Lage vieler Opferfamilien ist katastrophal. Acht Witwen und ihre Kinder, die keine Einnahmen haben, können zur Zeit nur aufgrund privater Spenden überleben. Einige Witwen, so Popal, wurden von ihren Familien an wohlhabende Männer verkauft, da die Familien sie und ihre Kinder nicht ernähren können. Mehrere Kinder wachsen in fremden Familien auf, da sie nicht mit ihren verkauften Müttern in die neuen Familien aufgenommen wurden.

Dieser Bericht offenbart das völlige Versagen der Bundesregierung. Sie ordnet alles dem Ziel unter, die Bundeswehr zu Kriegseinsätzen „ohne Tabus“ überall auf der Welt einsetzen zu können. Die Opfer, deren Schicksal und ihr alltäglicher Überlebenskampf stören da nur. Sie bleiben die kleinen schwarzen Punkte, die man auf den Luftaufnahmen der US-Kampfflugzeuge sieht, die den Angriff von Kundus in der Nacht vom 3. auf den 4. September 2009 dokumentieren.

Ehemänner, Söhne, Enkel sterben

Als Jan van Aken und ich Ende Januar 2010 nach Afghanistan reisen, ist es unser Ziel, diesen Opfern ein Gesicht zu geben. Wir treffen mit vielen Männern und Frauen der betroffenen Dörfer zusammen. Sie berichten uns über die Ereignisse der Bombennacht von Kundus. Sie beklagen die toten Kinder, Enkel, Ehemänner und Neffen. Sie berichten vom Schmerz des Verlustes, von der Perspektivlosigkeit. Bis zu 142 Tote zählt der NATO-Untersuchungsbericht. Darunter 26 Kinder und Jugendliche, wie Habibe Erfan, eine engagierte Kommunalpolitikerin und Frauenärztin aus Kundus berichtet.



Oben: Bulbul verlor drei Enkel durch den von Oberst Klein befehligten Luftschlag (Foto: Steffen Twardowski, DIE LINKE im Bundestag) · Unten: Drei Jahre später: Die Gräber der Toten von Kundus sind verfallen (Foto: Karim Popal)

Ich spreche mit Leila. Sie war bereits seit drei Jahren verwitwet und hatte schon vorher zu kämpfen. Ihre zwei Söhne, 13 und 15 Jahre alt, haben ihr viel Arbeit abgenommen. Der eine hat das Feld bestellt, der andere hat sich um die Kuh gekümmert. Beide Söhne sind jetzt tot. Der eine Sohn wollte Benzin holen, sein Bruder hat ihn begleitet. Leila hat kaum Zeit zu trauern, sie weiß nicht, wie es weitergehen soll. Sie hat kleine

Töchter zu versorgen und ist jetzt auf Leihgaben ihrer Verwandten angewiesen. Sie sagt zu mir: „Wenn es mittags Kartoffeln gibt, gibt es abends nur Brot“.

Erschütternd ist der Bericht von Noor Djan, der sich zum Zeitpunkt der Bombardierung nahe der Tanklaster aufhielt. Sein Arm wurde abgerissen, notdürftig versorgt. Ihn plagten Monate später noch so starke Schmerzen, dass er wünschte, er

wäre auch gestorben. Ihm fehlt das Geld für Schmerzmittel. Undenkbar, dass er wieder für den Unterhalt seiner Familie aufkommen kann.

Keine deutsche Entschuldigung

Im Oktober 2010 fragte die Linksfraktion im Bundestag, ob sich die Regierung bei den Opfern entschuldigt hat. „Die Bundesregierung bedauert jedes Opfer und hat dies in geeigneter Weise zum Ausdruck gebracht“, heißt es in einer Antwort der Regierung. Fakt ist: Bis heute hat sich kein Vertreter der Regierung direkt an die Opfer gewandt.

Die Bundeswehr verhält sich ebenso ignorant. Wir treffen im Feldlager der Bundeswehr in Kundus den Nachfolger von Oberst Klein, Oberst Rohrschneider. Wir berichten von Noor Djan und bitten darum, in einem Lazarett der Bundeswehr unbürokratisch zu helfen. Das sei nicht möglich, hieß es. Aber man hätte ja im Rahmen der Winterhilfe 2009/2010 die Familien der Opfer bevorzugt bedacht und ihnen Lebensmittel und Decken gegeben. Abdul Hanan, der seine beiden kleinen Söhne verloren hat, ist fassungslos. Er sagt uns: „Was soll ich mit Decken, ich habe meine Liebsten verloren.“

Im August 2010 bezahlt die Bundeswehr an 90 Familien von Getöteten und Verletzten – unabhängig von der Anzahl der Opfer in der Familien – einen Pauschalbeitrag von 5000 US-Dollar pro Familie, ca. 3800 Euro. Damit ist für sie der Fall Kundus abgehakt. Die scheinbar großzügige Geste ist der Versuch, sich billig aus der Affäre zu ziehen: Bisher hatte die Regierung in Fällen, in denen afghanische Zivilisten von deutschen Soldaten getötet wurden, bis zu 33000 US-Dollar Entschädigung pro Person gezahlt. Dies war von US-Militärstellen als zu hoch kritisiert worden. Auf Nachfrage der Linksfraktion heißt es, die Höhe von 5000 US-Dollar sei „landestypisch“. Und: Nicht alle Opferfamilien erhalten Hilfen, da die Bundesregierung sich auf die niedrigeren Zahlen der regierungsnahen Afghanischen Menschenrechtskommission AIHRC beruft.

Haji Abdul Basier berichtet: „Ich bin 80 Jahre alt und habe drei Kinder verloren. Ich habe drei Enkelkinder verloren und die waren meine Ernährer. Es gibt keine Sozialversicherung. Es gibt keine Rentenversicherung. Ich hab meine Ernährer verloren. Die rei-

che deutsche Regierung und die Helfer ihrer Marionetten, die korrupte Regierung in Kabul und in Kundus, hat unserer 18-köpfigen Familie – den Hinterbliebenen dieser Toten – 5000 Dollar gegeben. Wenn wir das unter uns verteilen, können wir uns vielleicht ein paar Monate ernähren.“ Für Noor Djan, der seinen Arm verlor, reicht das Geld nicht einmal, um die Schulden zu bezahlen, die er für die Behandlung seiner Verletzung aufnehmen musste.

Im U-Ausschuss Aufklärung verhindert

Für die Betroffenen ist die Weigerung der Regierung, eine Entschädigung im Rechtssinne zu zahlen, eine Katastrophe und ein weiterer Schlag ins Gesicht. Aus den „freiwilligen“ Zahlungen lässt sich juristisch kein Eingeständnis der Schuld ableiten. Das nützt den Verfechtern des Afghanistaneinsatzes, weil so sichergestellt wird, dass Oberst Klein und die Bundesrepublik vor Schadensersatzansprüchen geschützt werden. Damit sichert sich die Bundesregierung vorsorglich für zukünftige Kriege ab. Dasselbe Ziel verfolgten die Regierungsfaktionen im Kundus-Untersuchungsausschuss. Der Zeitplan und die Modalitäten der Beweisaufnahme wurden von den Regierungsparteien durchgezockt. Sie verhinderten unter anderem, dass vom Ausschuss ermittelte Tatsachen in den Abschlussbericht aufgenommen wurden. Es spricht Bände, dass bis auf die Opferbetreuerin Habibe Erfan, den Lastwagenfahrer Abdul Malek und einen Übersetzer der Bundeswehr keine Afghanen befragt wurden.

Die Erinnerung an das Massaker von Kundus ist heute so wichtig wie eh und je. Denn Kundus war kein „Betriebsunfall“. Die Bombardierung liegt in der Logik des Krieges, der weitergeht. Karim Popal plant mit einigen Freunden, die Gräber zu befestigen, damit sie nicht so schnell verwittern. Bei den drei Sammelgräbern soll auf Schildern in Deutsch und Paschtu auf die Bombardierung hingewiesen und die Namen der Toten auf einen Stein geschrieben werden.

Broschüre *Die Katastrophe von Kundus*
www.linksfraktion.de/broschueren/
Ausstellung

Christine Buchholz ist Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE und deren friedenspolitische Sprecherin.

Für eine verantwortliche kommunale Friedens- und Außenpolitik

Unter dem Motto „Frieden findet Stadt“ hatte die Gesellschaft Kultur des Friedens zusammen mit Tübinger Friedensinitiativen und Institutionen zur 4. Friedensstadtwoche vom 14. bis 22. Juli 2012 nach Tübingen eingeladen. In den Bereichen Frieden und Umwelt, Entwicklung, Bildung, Sport und Kultur, fanden zahlreiche Veranstaltungen mit der Fragestellung statt: Welche Impulse können wir mit dem Projekt „Friedensstadt“ entwickeln, um Gewalt und Krieg beispielhaft überwinden zu helfen? Dazu gab es Anregungen

u.a. zu einer kommunalen Friedens- und Außenpolitik mit Beispielen von Solidaritätspartnerschaften zu Städten in Krisen- und Kriegsregionen, die auch unser Zusammenleben hier betreffen. Politische Schwerpunkte sind die aktuelle Situation im Nahen und Mittleren Osten, der Umbruch in der Arabischen Welt, Waffenhandel, Rüstungsexporte, soziale Bewegungen international und regional, globale und lokale Umweltpolitik.

Wie können wir im 21. Jahrhundert leben, arbeiten, wohnen und

uns fortbewegen, ohne die sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen lokal und global zu zerstören? Dazu haben wir eine Kampagne „Solar for Peace“ ins Leben gerufen.

Mit Gästen aus der internationalen Friedensbewegung wollen wir drohenden Kriegen eine Logik des Friedens entgegensetzen. Die politische Situation in den arabischen Ländern ist dominiert von den politischen und wirtschaftlichen Interessen des Westens, durch den ressourcenintensiven Lebensstil in den USA und in Europa. Dies führt seit Jahr-

zehnten zu Kriegen um Öl. Wir wehren uns gegen alle Rüstungsproduktionen und -exporte, die Krieg und Leid in die Welt tragen und unterstützen die Aktion „Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel“. Keine U-Boote nach Israel und keine Panzer nach Saudi-Arabien; überhaupt keine Waffen in irgendeine Region dieser Welt.

Wir fordern ein Menschenrecht auf Frieden. Wir fordern von Gemeinden, Stadtversammlungen, Kreisen, Landtagen, vom Bundestag, Europaparlament und von den Ver-

einten Nationen Verantwortung für eine solidarische und friedliche Politik zu übernehmen.

Wir beginnen bei uns selbst. Wir beginnen hier in unserer Stadt.

Wir mischen uns ein und arbeiten an der Entwicklung einer Kultur des Friedens, mit Alternativen zu einer an Wirtschaftsinteressen orientierten Außenpolitik. Die deutsche und europäische Außenpolitik brauchen eine Erneuerung durch eine kommunale Friedenspolitik, die sich an den Lebensinteressen aller Menschen orientiert.

Wohin treibt Griechenland? Wohin wird das Land getrieben?

Im Juni 2012 erhielten bei den Wahlen in Griechenland diejenigen Parteien eine – knappe – Mehrheit, die erklärte Freunde der EU, des Euro und von Kanzlerin Merkel sind. Das änderte keinen Deut daran, dass sich einerseits die Krise im Land von Tag zu Tag verschärft – als logische Folge der krassen Sparmaßnahmen, die Berlin und Brüssel diktieren. Und dass andererseits Brüssel und Berlin mit unnachgiebiger Härte auf bescheidenste Wünsche der neuen Regierung, die Sparmaßnahmen wenigstens zeitlich zu strecken, reagieren. Der bayerische Finanzminister Söder erklärte: „Wenn jemand an Deinem Seil hängt und dabei ist, dich in den Abgrund zu reißen, musst du das Seil kappen.“ Griechenland soll in den Abgrund gestoßen werden.

Rein wirtschaftlich gesehen ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Krise unberechenbar und Griechenland aus dem Euro herausgedrängt wird, groß. Dies wird, unter den gegebenen Bedingungen, einen neuen sozialen Schock und ein Hochschnellen der Arbeitslosigkeit – die bereits bei 25 Prozent im Durchschnitt und bei Jugendlichen bei 50 Prozent liegt – auslösen. Politisch droht eine autoritäre Lösung, das heißt, die Abschaffung der formellen Demokratie in diesem EU-Land. Auch dazu fand Söder klare Worte: „Man muss an Griechen-

land ein Exempel statuieren.“ Es müsse „deutlich werden, dass diese Eurozone auch die Zähne zeigen kann.“

Diese Sprache hörte man schon einmal aus München: 1967, als in Griechenland – mit Nato-Unterstützung – ein faschistischer Putsch durchgeführt und Tausende Gewerkschafter gefoltert und auf KZ-Inseln verschleppt wurden. Der damalige CSU-Chef Franz-Josef Strauß unterstützte die Militärjunta unter Patakos und Papadopoulos.

Heute tragen die EU und die Troika nachweisbar Mitschuld am Aufstieg des Faschismus in Griechenland. Die Vorgänger-Regierung unter dem Technokraten Papadimou, die von Merkel, Schäuble und Seehofer unterstützt wurde, hatte die Partei LAOS mit ins Koalitionsbett geholt. Es handelte sich um eine Partei, die offen antisemitisch und verdeckt faschistisch auftrat. Eine Folge davon ist, dass bei den Wahlen im Juni die Kopie LAOS gewählt und die offen faschistische Partei „Goldene Morgenröte“ auf Anhieb sieben Prozent der Stimmen erhielt. In Berlin und Brüssel gibt es keine Proteste und keine Warnungen. Im Gegenteil: Die neue Regierung unter Ministerpräsident Samaras startet offen ausländerefeindliche Kampagnen, die von den Faschisten mit Mordattaken begleitet werden.

Griechenlands Weg in die Postdemokratie

Gregor Kritidis

Mit den Wahlen vom 6. Mai wurde in Griechenland ein politisches Erdbeben ausgelöst, dessen Schockwellen bis nach Paris und Berlin spürbar waren. Da eine Regierungsbildung angesichts der Polarisierung und Zersplitterung der Parteienlandschaft nicht möglich war, wurden am 17. Juni Neuwahlen abgehalten. Diese haben erneut eine Mehrheit für diejenigen Parteien gebracht, die für die Krise und deren Bewältigung verantwortlich sind.

Beide große Parteien, die konservative Nea Dimokratia (ND) und die ehemals sozialistische PASOK, wurden am 6. Mai für ihre Unterstützung der Krisenpolitik der „Troika“ – bestehend aus Vertretern der EZB, der EU-Kommission und des IWF – massiv abgestraft. Die von den Gläubigern des Landes diktierte und von der Troika umgesetzte soziale und wirtschaftliche Zerrüttung des Landes hat hunderttausende Menschen in teilweise bitterste Armut gestürzt. Angesichts langer Schlangen vor den Suppenküchen, Stromabschaltungen und Medikamentenmangel ist die nach dem Ende der Diktatur 1974 etablierte Vorherrschaft von PASOK und ND vollkommen zusammengebrochen. Sie konnte auch mit den Wahlen am 17. Juni nicht restauriert werden.

Die ND konnte im Juni mit knapp 30 Prozent zwar die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. PASOK verlor jedoch weiter an Einfluss und kam nur auf rund 12 Prozent. Beide Parteien waren daher gezwungen, mit der Demokratischen Linken (DIMAR) einen weiteren Bündnispartner zu gewinnen, was der Regierungskoalition eine gewisse, wenn auch brüchige Stabilität verleiht.

DIMAR als Legitimation

Bei den Wahlen im Mai gab es noch ein Patt als Ausdruck eines brüchigen Gleichgewichts der Klassenkräfte. Mit den Wahlen vom Juni löste sich dies erneut auf. Stärker als zuvor droht eine autoritäre „Lösung“. Durch die Einbeziehung von DIMAR, einer Partei, die sich zuvor oppositionell gab, wurde die formelle Legitimation dafür geschaffen, dass nochmals schärfere Sparmaßnahmen ergriffen werden.

Nach der Wahl dauerte es nicht lange, bis sich die bürgerlichen Kräfte soweit formiert hatte, um in die Offensive gehen zu können. Bald war der Weg für ein neues Kürzungspaket in Höhe von rund 11 Milliarden Euro geebnet. Im Juli gab es brutale Einsätze der Sonderpolizei MAT gegen die Stahlarbeiter der Elliniki Chalivourgia in Aspropyrgos westlich von Athen. Diese hatten monatelang gegen Entlassungen und

Lohnkürzungen gestreikt. Die Attacken der Sonderpolizei führten zum Ende des Streiks. Regelmäßig gibt es faschistische Mordattaken gegen Migranten. Sie begleiten die staatlichen Kampagnen gegen Menschen ohne Papiere. Die Regierung hat im „sozialen Krieg“ gegen die Unterschichten mit dem Wahlergebnis vom Juni neue Energien hinzugezogen.

Umgekehrt ist die soziale und politische Linke durch den Wahlsieg der Parteien der Troika in die Defensive geraten. Zwar kann gegen die sozialen Bewegungen nur noch mit teils offener, teils versteckter Gewalt reagiert werden. Doch gegen die Regierungsoffensive hat es seit den Juni-Wahlen überwiegend nur noch passiven Widerstand bzw. Rückzugsgefechte gegeben.

Bedeutend ist die Umgruppierung innerhalb der politischen Linken: Die Koalition der radikalen Linken SYRIZA hatte schon im Mai erhebliche Zugewinne verbuchen können. Bei den Wahlen im Juni erzielte sie 27 Prozent und wurde damit zum wichtigsten politischen Exponenten der sozialen Bewegungen. Die Kommunistische Partei (KKE) wurde dagegen wegen ihres sektiererischen Kurses abgestraft und erreichte nur noch 4,5 Prozent der Stimmen. Es ist bezeichnend, dass sie auch in den städtischen Zentren deutlich an Einfluss verloren hat. Angesichts der Verweigerungshaltung der KKE, hinter der mit dem Gewerkschaftsbund PAME wichtige Kräfte stehen, ist die SYRIZA jedoch gesellschaftlich nicht mehrheitsfähig. Denn im Zweifelsfall wird es auch darauf ankommen, wie sich die erfahrenen und kampfstarken organisierten Kräfte verhalten.

Erhebliche Teile des rechten politischen Spektrums haben sich zwar ebenfalls gegen die Politik der Troika positioniert. Diese sind aber von einer Kooperation mit der politischen Linken weit entfernt.

Viele von der ND enttäuschte Wähler wandten sich bei den Wahlen im Mai und Juni der erst im Februar 2012 gegründeten Partei Anexartiti Ellines („Unabhängige Griechen“, AnEL) des ehemaligen ND-Abgeordneten und Staatssekretärs Panos Kammenos zu. Diese erhielt bei den Juni-Wahlen 7,5 Prozent. Im Kern repräsentiert AnEL diejenigen sozialen Gruppen, welche durch die Troika enteignet worden sind – beispielsweise selbständige Taxi- und LKW-Fahrer. Diese Gruppen haben sich erbitterte Kämpfe mit der Regierung geliefert; sie beteiligten sich auch an den großen Protesten. Aus einer Ab-

lenkung der Troika resultiert aber noch keine positive programmatische Einheit mit der politischen Linken. Kammenos trat in den Wahlkämpfen vor allem mit Korruptionsvorwürfen gegen Politiker der ND und der PASOK hervor. Er stellte sich in einer Rede in Distomo – dort hatte eine SS-Einheit 1944 ein Massaker an der Zivilbevölkerung verübt – in die Tradition des nationalen respektive nationalistischen Widerstands. Neben der Agitation gegen das Memorandum – Kammenos unterstützt die Forderung nach einem Schulden-Audit – hoben sich die „Unabhängigen Griechen“ von anderen Parteien unter anderem dadurch ab, dass sie die Frage der deutschen Reparationen zum Thema machten. Generell gilt: Das soziale Selbstbewusstsein der AnEL ist höchst äußerst widersprüchlich; es bietet jede Menge Einfallstore für autoritäre Formen der Krisenbewältigung. Insgesamt



existiert damit in Griechenland eine treib-sandartigen Dynamik in der Parteienlandschaft. Das verdeutlicht vor allem auch ein Vergleich der Wahlen 2009 und 2012. Die PASOK hatte im Oktober 2009 43,9 Prozent der Stimmen erzielt – drei Jahre später, im Juni 2012, waren es nur noch 12,3. Nea Demokratia lag 2009 bei 33,5 Prozent, im Mai 2012 waren es nur noch 18,9 – und ein paar Wochen drauf dann doch wieder 29,7 Prozent. Die Wählerschaft der KKE wurde zwischen 2009 und 2012 fast halbiert. Die von Syriza verfünfte sich (von 4,6 Prozent auf 26,9 Prozent).

Aufstieg der Faschisten

Die faschistische Chrysi Avghi (Goldene Morgendämmerung) erhielt 6,9 Prozent der Stimmen. Die Partei profitierte ebenfalls von der Krise des konservativen Lagers und vor allem von der schwankenden Linie der ebenfalls weit rechts angesiedelten Partei LAOS. Der wachsende Massenanhang dieser Partei ist vor allem auf ihre offen rassistische Agitation zurückzuführen. Das belegt der Umstand, dass die Chrysi Avghi, die sich explizit in die Tradition der Kollaboration während der deutschen Besatzung stellt, selbst in Orten, wo die Wehrmacht Kriegsverbrechen verübt hat, Stimmengewinne erzielte. Der Zustrom von Migranten aus Asien und Afrika stellt die griechische Ge-

sellschaft vor eine Herausforderung, auf welche die bisherigen Regierungen fast ausschließlich mit polizeilicher Repression und populistischer Scheinaktivität geantwortet haben. Chrysi Avghi hat diese Linie nur weiter radikalisiert. Ihre Mitglieder organisieren bei jeder sich bietenden Gelegenheit rassistische Pogrome. Mit der Regierungsoffensive nach den Juni-Wahlen bekamen ihre Anhänger noch mehr Oberwasser. Die rassistischen Kampagnen der Regierung gegen Migranten ohne Papiere und die Duldung faschistischer Gewalttaten durch die Polizei leisten einer weiteren Faschisierung der griechischen Gesellschaft Vorschub. Die Linke konnte dagegen bisher keinen wirksamen Widerstand entwickeln.

Stallwache für eine autoritäre Lösung

Bei allen Veränderungen in der Parteienlandschaft gibt es doch eine erstaunliche und beunruhigende

Schwerkraft der institutionellen Sphäre. Dies verdeutlicht ein Blick auf den Staatsapparat und die weitgehend regierungstreuen Medien. Die in der deutschen Öffentlichkeit mit wenig Aufmerksamkeit bedachte Übergangsregierung unter dem „Technokraten“ Lukas Papadimou war zwar, was ihre Möglichkeiten anbetraf, den Vorgaben der Troika nachgekommen. In ihrem Aktionsspielraum war sie erheblich eingeschränkt. Ihre personelle Besetzung war jedoch durchaus programmatisch. Sie kann als eine Art Notstandskabinett für einen autoritären Staat verstanden werden, der bereit steht, sollten die Entwicklungen aus Sicht der herrschenden sozialen Gruppen aus dem Ruder laufen:

Mit dem General Frangos Frangoulis wurde der ehemalige Stabschef der Armee zum Verteidigungsminister berufen. Frangoulis gehörte zu den Zeugen der Verteidigung von Mitgliedern der Armee-Sondereinheit OYK, die durch das Singen faschistischer Lieder in Erscheinung getreten war. Er war auch einer der wenigen, die der Chef der Chrysi Avghi, Nikolaos Michaloliakos, im Parlament per Handschlag begrüßte.

Mit dem Diplomaten Pavlos Apostolidis war ein ehemaliger Leiter des Nationalen Geheimdienstes EYP zum Minister für Verwaltungsreformen bestimmt worden.

Als Innenminister fungierte der konservative Staatsrechtler Antonis Maniatakis, dessen verfassungsrechtlichen Positionen im vollständigen Gegensatz zu denen der sozialen Bewegungen und der politischen Lin-

ken stehen.

Als Minister für Bürgerschutz wurde Eleftherios Ikononou ernannt, ein ehemaliger Polizeichef mit einer langen Karriere bei den staatlichen Geheimdiensten. Er war nicht nur oberster Dienstherr der griechischen Polizei, sondern auch des Amts für Zivilschutz, des nationalen Geheimdienstes, der Feuerwehr, der Küstenwache und der Landgendarmarie.

Über die politischen Einstellungen großer Teile der Polizei, insbesondere der MAT (Einheiten zur Bekämpfung von Unruhen) dürfte es wenig Zweifel geben. Die zum Teil unverhohlene Kooperation von Polizei und faschistischen Schlägerbanden der Chrysi Avghi ist mehr als gut dokumentiert. Die Abstimmungsergebnisse bei den Sicherheitskräften geben wenig Anlass zu demokratischem Optimismus. Auch Teile des Offizierskorps sind mehr als anfällig für rechtsradikales Gedankengut, wie die Affäre bei der erwähnten Sondereinheit OYK belegt. Sondereinheiten der Armee haben zudem bereits wiederholt die Bekämpfung innerer Aufstände ge-

probt. Mit der Regierungsbildung nach den Juni-Wahlen haben zwar wieder die altbekannten Gesichter des politischen Establishments die Geschäfte übernommen. Es setzt sich jedoch ein Trend fort, der bisher die Entwicklung insgesamt charakterisiert hat: Zwar ist es den sozialen Bewegungen immer wieder gelungen, die Regierung zu erschüttern und der politischen Klasse die Legitimation zu entziehen. Im Resultat haben die bürgerlichen Kräfte jedoch mit der Rückendeckung der EU die Kontrolle über die staatlichen Apparate verteidigt und diese gegen jegliche demokratische Transformation abgeschotet. Mehr noch: Diese wurden zu Instrumenten eines Bürgerkrieges ausgebaut.

Für die nächste Zukunft verheißt das wenig Gutes. Noch sind die Diskussionen innerhalb der bürgerlichen Kräfte in Athen und den Hauptstädten Westeuropas über die weitere Zukunft Griechenlands im Gange. Es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, dass es gegenwärtig keine Mehrheit für eine offen autoritäre Lösung gibt. Aber nur eine Einheitsfront aller linken und demokratischen Kräfte kann den herrschenden Eliten deutlich machen, dass sie ein hohes Risiko eingehen, sollten sie es wagen, die Demokratie in Hellas endgültig und dann offen gewaltsam beseitigen zu wollen.

Gregor Kritidis, studierte Sozialwissenschaften in Hannover und Athen, Promotion zum Dr. phil. über die sozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Er ist Mitherausgeber des Online-Magazins *Sozialistische Positionen* (www.sopos.org) und Sekretär der Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen.

Waffenhandwerk schafft nur Unheil

Ein OpenAirKonzert der anderen Art: Mit zivilem Ungehorsam

Monty Schädel

Unter dem Namen LEBENSLAUTE engagieren sich seit 1986 bundesweit Musikerinnen und Musiker – einmal jährlich in Chor und Orchesterstärke, dazwischen auch in kleineren Ensembles regional. Die offene Musik und Aktionsgruppe bringt überwiegend klassische Musik gerade dort zum Klingen, wo dies nicht erwartet wird: auf Militärübungsplätzen und Abschiebelflughäfen, vor Atomanlagen und Raketendepots, in Ausländerbehörden und an anderen menschenbedrohenden Orten.

Bei der Wahl der Konzert-Orte lassen sich die Aktiven nicht durch herrschende Vorschriften einschränken. Im Gegenteil: Lebenslaute-Aktionen suchen die politische Auseinandersetzung durch angekündigten und bewussten Gesetzesübertritt. Dabei ist es ihnen von ihrem Selbstverständnis her wichtig, lokale Protestbewegungen zu stärken. Gemeinsam und intensiv bereitet sich die Gruppe auf ihre Konzert-Aktionen vor und handelt auch gemeinsam. Entscheidungen werden basisdemokratisch getroffen. Es bleibt stets in der Verantwortung der Teilnehmenden, wie weitgehend sie sich einbringen. Betroffene möglicher rechtlicher Konsequenzen werden solidarisch unterstützt. LEBENSLAUTE ist eine offene Gruppe. Deshalb lädt sie Menschen, die Interesse an Gesang, Musikinstrumenten oder allgemeiner Unterstützung für das Projekt haben, ein mitzumachen. Wenn auch keine Ausbildung oder Erfahrung zum Mitmachen Voraussetzung ist, ist gerade für den Chor und den instrumentalbereich die Beteiligung an den Proben Bedingung.

Sand im Getriebe

Nach Veranstaltungen im Gefechtsübungszenrum in der Altmark (in dem Bundeswehrosoldaten für den Krieg trainiert werden; siehe S. 8) und auf dem Flughafen Leipzig (über den US-Truppentransporte und Bundeswehrlogistik für den Krieg in Afghanistan abgewickelt werden), hat die Gruppe beschlossen, in diesem Jahr die

Waffenfabrik Heckler & Koch in Oberndorf zu besuchen. Deren sogenannte „Kleinwaffen“ bringen überall in der Welt Tod und Zerstörung „Made in Germany“.

Mehr als 30 Kriege toben weltweit, mit jeweils Tausenden von Toten, Verletzten und ungezählten Flüchtlingen. Und während die Bundesrepublik Deutschland allgemein von der herrschenden Wirtschaftsweise profitiert, verdienen die Rüstungsfabriken auf direkte Weise mit an Zerstörung, Leid und Tod. So auch die beschaulich zwischen Schwarzwald und Schwäbischer Alb gelegene Firma Heckler & Koch. Das weltweit bekannte und berüchtigte Rüstungsunternehmen ist auf die Entwicklung und Produktion sogenannter „Kleinwaffen“ – es handelt sich dabei um Pistolen, Gewehre und Maschinengewehre – spezialisiert, welche von hier als profitable Exportschlager in die Welt hinausgehen, um dann in allen nur denkbaren Kriegs- und Krisengebieten wieder aufzutauchen. Nach UN-Angaben sind „Kleinwaffen“ zur Zeit die größte Massenvernichtungswaffe auf der Welt: Alle elf Sekunden stirbt ein Mensch als Folge von deren Einsatz. Es gibt sogar Gegenden, wo ein deutsches Gewehr billiger und leichter zu kaufen ist als ein Sack Grundnahrungsmittel. Indirekte Folge solcher Waffenlieferungen ist eine große Zahl von Flüchtlingen. Doch diejenigen, denen es gelingt, überhaupt die Grenzen zu uns zu überwinden, werden meistens unter beschämenden Umständen wieder in ihre Herkunftsländer abgeschoben.

Mit der zivil-ungehorsamen Konzert-Aktion im Umfeld dieses Waffenproduzenten, die im Rahmen der Kampagne „Aktion Aufschrei-Stopp den Waffenhandel“ stattfinden wird, will „Lebenslaute“ mit dazu beitragen, dass das Schweigen über diese skandalösen Zusammenhänge durchbrochen wird, damit neue Wege beschritten und zivile Produkte produziert werden können.

Für die diesjährige Aktion ist die Vorbereitungsgruppe seit Monaten dabei, Informationen und Bündnispartner zu sammeln, die Musik



vorzubereiten und Probenräume und Unterkünfte zu organisieren. Der Termin der Aktion liegt in der letzten August- bis ersten Septemberwoche. Dabei wird ein Konzert vor der Konzernzentrale von Heckler & Koch in Oberndorf/Neckar am 3. September den Höhepunkt

darstellen. Etwa 100 Musikerinnen und Musiker werden erwartet. Bereits an den Tagen zuvor wird es jedoch schon Proben, Aktionstrainings und ein Vorkonzert geben.

Die aktiven Künstlerinnen und Künstler freuen sich immer über zahlreiches Publikum. So günstig gibt es ein hochklassiges Konzert sicher nicht häufig zu hören und zu sehen!

Weitere Infos auf www.lebenslaute.net.

Das Organisieren und Verbreiten der Konzertaktion kostet einiges Geld. Das Projekt „Lebenslaute“ freut sich über Einzelspenden oder auch Daueraufträge auf folgendes Konto: E. Reinhardt / Lebenslaute, Konto 102 936 992 bei BLZ 25090 500 (Sparda-Bank Hannover eG).

Aktionstage 2012

Do, 30.08.12 Aktionstage-Beginn in Villingen-Schwenningen: Proben & Aktionsplanung (in VS-Schwenningen)

Sa, 01.09.12 17:00h, Geschwister-Scholl-Platz (VS-Schwenningen): Antikriegskundgebung mit wenigen Musikerinnen und Musikern – die anderen proben derweil

So, 02.09.12 17:00h, in der Markuskirche VS-Villingen (Heidelberger Str. 2, 78048 Villingen-Schwenningen): Vor-Konzert = Öffentliche Generalprobe mit Informationen zur Aktion

Mo, 03.09.12 10:00h, in Oberndorf/ Neckar (Heckler & Koch-Str. 1): Konzertaktion bei H&K

„Wir wollen nicht für die Rüstungsindustrie arbeiten“

Kleiner Betrieb in der Toskana lehnt großen Auftrag ab

Anna Maldini, Rom *

In der Toskana hat ein kleiner Betrieb einen großen Auftrag abgelehnt, der die Firma erst einmal aus einer tiefen Krise herausgeführt hätte. Der Grund: Man hätte indirekt für die Rüstungsindustrie gearbeitet und das können Eigentümer und Belegschaft nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren.

Die Nachricht ist nur langsam durchgesickert: die Morellato Termotecnica aus Ghezzano vor den Toren der norditalienischen Stadt Pisa wollte sie nicht an die große Glocke hängen, weil man „mit Prinzipien keine Werbung machen sollte“. Aber dann wurde es doch bekannt. Der Betrieb, der sich hauptsächlich mit erneuerbaren Energien und Kühlsystemen beschäftigt und der in der augenblicklichen Krise schon einen Teil der Beschäftigten auf Kurzarbeit setzen musste, hat einen großen Auftrag abgelehnt, weil er sich nicht mit den „ethischen Grundlagen“ der Firma vereinbaren lässt.

Der 32-jährige Valerio Morellato, der den Familienbetrieb leitet, erzählt das so: »Bei uns hat sich die WAAS, ein großes Unternehmen gemeldet, das eine Kühlanlage für eine besondere Wanne wollte. Unsere Ingenieurin Valentina Bonetti hat die Sache bearbeitet und fast zufällig herausgefunden, was es damit auf sich hatte«. In dieser Wanne sollten Torpedos getestet werden, die WAAS an Marineeinheiten rund um den Erdball verkauft.

Morellato rief eine erste Betriebsversammlung ein, an der aber nur einige der etwa 30 Beschäftigten teilnahmen. Dort legte der junge Unternehmer seine Zweifel dar und hatte schnell alle Anwesenden auf seiner Seite: »Wir wollen nicht, auch nicht indirekt, für die Rüstungsindustrie arbeiten!«.

Doch solch eine Entscheidung, darin war man sich ebenfalls einig, muss von der gesamten Belegschaft genauestens überdacht und gegebenenfalls mitgetragen werden, zumal sie ja auch wichtige Auswirkungen auf die Arbeiter und ihre Familien haben würde. Nimmt man den Auftrag an, hat man erst einmal ein gutes Finanzpolster, mit dem sich die kommenden Krisenmonate leichter überstehen lassen; lehnt man ab, bleiben die großen Geldsorgen bestehen und man muss demnächst vielleicht sogar Arbeitnehmer entlassen.

Nach tagelangen Diskussionen wurde dann zu einem Art Referendum aufgerufen, bei dem jeder – vom Chef bis zum Hilfsarbeiter – seine Stimme abgeben konnte. Trotz der Bedenken und Zweifel von Valerio Morellato, für den aber „das Zusammenwirken von Prinzipien und Produktion“ zu den Grundlagen der „sozialen und ethischen Verantwortung“ eines Unternehmens gehört, war das Ergebnis eindeutig. Die übergroße Mehrheit der Belegschaft stimmte gegen den Auftrag. Am 9. Juli schickte Morellato Termotecnica eine Mail an WAAS, mit der sie dankend ablehnte: »Wir können unsere Fähigkeiten nicht in den Dienst einer Sache

stellen, mit der man Kriegstechnologien entwickelt“.

Für diese mutige Entscheidung erntete die Firma viel Lob – aber die finanziellen Schwierigkeiten bleiben bestehen. »Für die Summe, die wir von WAAS erhalten hätten, müssten wir 38 Klimatech-Anlagen oder 12 Photovoltaik-Anlagen installieren – und das ist derzeit extrem

schwierig, da die Menschen in der Krise sparen müssen und da der Staat die Anreize für erneuerbare Energiequellen gekürzt hat“.

Auch deswegen hat Morellato schließlich beschlossen, selbst an die Öffentlichkeit zu gehen: »Ich bitte alle Bürger, die uns ihre Solidarität ausgesprochen haben, sich an die Morellato Termotecnica zu erinnern, wenn sie einen Auftrag zu vergeben haben«. Bisher sind nur zwei Anfragen eingegangen. Trotzdem hat der junge Chef des Unternehmens die Entscheidung nicht bereut: »Ich bin stolz darauf, mit Menschen zusammenzuarbeiten, für die Umwelt, Gerechtigkeit und Rechte wirklich Ideale und nicht nur leere Worthülsen sind.“

* Erstmals veröffentlicht in *Neues Deutschland*, 26.7.2012

Anzeige

Es ist Krieg! Position zeigen!

Unterschiedliche Materialien gegen den Krieg!
Aufkleber, Buttons, Plakate, Flyer u.a.m.

DFG-VK-Materialversand, Werastraße 10,
70182 Stuttgart
E-Mail: material@dfg-vk.de
Internet: www.dfg-vk.de/webshop

Deutsche Friedensgesellschaft-
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)
Seit 1892 gegen Krieg und Militarismus!
Bann: Friedlich denken allein ändert nichts.
Mitglied werden! > www.dfg-vk.de

Spendenkonto: 830 46 01
Bank für Sozialwirtschaft BLZ 370 205 00
> www.frieden-mitmachen.de